

STRAFLANDESGERICHT WIEN

Landesgerichtsstraße 11
1082 WIEN



RECHTSANWÄL
TE
ART. HORNEYSCHMIDT
DR. RAINER KORNFELD
DR. MICHAEL WUKOSCHITZ
DR. MARIA WINDHAGER

[...]

Die AG erstattet zur Privatanklage bzw den Anträgen des ASt (PA) nachstehende

Ä U S S E R U N G:

1) Richtig ist, dass die AG Medieninhaberin der periodischen Druckschrift DER STANDARD und dessen Online-Versionen ist, die auf derStandard.at/zeitung und derStandarddigital.at abrufbar sind, und am 22.08.2003 in der Printausgabe und in den Online-Versionen ein Kommentar von Hans Rauscher unter dem Titel "Dichand und Fellner" veröffentlicht wurde.

Beweis: DER STANDARD, derStandard.at/zeitung, derStandarddigital.at, vom 22.08.2003

2) Der ASt ist von der Berichterstattung gar nicht betroffen und daher nicht aktivlegitimiert.

Beweis: Verlesung des inkriminierten Artikels

3) Bei der inkriminierten Behauptung, die "Kronen Zeitung" (idF kurz: *Krone*) würde "antisemitische und rassistische' Untertöne" verbreiten, handelt es sich um ein zulässiges politisches Werturteil des BS, WAZ-Chef Erich Schumann, über die Berichterstattung der *Krone*.

Der BS hat anlässlich der Auseinandersetzung der Gesellschafter der *Krone* über die Bestellung von Dr. Christoph Dichand, dem Sohn des ASt, zum Chefredakteur der ‚Krone‘, in der Ausgabe der Zeitschrift News vom 23.01.2003 *wörtlich* ausgeführt:

"News: Hat Ihnen redaktionell etwas nicht gepasst in der Krone in den vergangenen Jahren!"

Schumann: "Einiges! Wir hatten auch interveniert, wenn es zu arge nationalistische oder antisemitische Töne gab..."

Beweis: News vom 23.01.2003, 74

Über dieses Interview in der Infoillustrierten "News" berichteten auch andere Medien.

Beweis: Der Spiegel Nr. 5 vom 27.01.2003, 154
 DER STANDARD vom 04.02.2003, 27
 DER STANDARD vom 24.01.2003, 31

Diese Äußerung des BS wurde in ihrem wesentlichen Aussagekern im Kommentar von Hans Rauscher mit der Formulierung "*antisemitische und rassistische Untertöne*" *sinngemäß richtig* wiedergegeben: Antisemitismus, das darf als gerichtsbekannt vorausgesetzt werden, ist ja nichts anderes als eine *rassistische* Ideologie, die aus nationalistischen und rassentheoretischen Gedankengängen entwickelt wurde.

Die AG macht daher den Ausschlussstatbestand des § 6 Abs 1 Z 4 MedG geltend. Bei der inkriminierten Passage handelt es sich um die wahrheitsgetreue Wiedergabe der Äußerung des BS, die distanziert wiedergegeben wurde. An der Kenntnis der zitierten Äußerung bestand *zweifello*s ein *überwiegendes* Interesse der Öffentlichkeit (vgl *Berka* in *Berka/Höhne/Noll/Polley* Komm § 6 MedG Rz 42). Dazu im Einzelnen:

Eine wahrheitsgetreue Wiedergabe setzt zunächst voraus, dass die Äußerung als "Zitat" erkennbar sein muss (OLGW MR 1999, 208). Die Quelle muss jedenfalls genannt werden. *Wörtliche* Wiedergabe ist nicht erforderlich, solange der tragende Sinn der Äußerung des Dritten inhaltlich zutreffend wiedergegeben wurde. Dies ist hier der Fall; die Äußerung wurde erkennbar als Zitat wiedergegeben.

Allfällige Wertungen des Artikelverfassers, die zum Zitat hinzutreten, sind jedenfalls dann nicht schädlich, wenn sie nicht mit einer Identifikation verbunden sind. Ausdrückliche Distanzierung ist schon gar nicht erforderlich (vgl *Hanusch*, Komm § 6 Rz 52, *Berka* in *Berka/Höhne/Noll/Polley*, Komm § 6 Rz 44 jeweils mwN).

Diese Ansicht wird beispielsweise auch in der deutschen Rechtsprechung und Lehre vertreten: Wird ein einzelnes Wort in Anführungszeichen gesetzt, ist das nicht zwingend in dem Sinne zu verstehen, es stamme genau so vom Kritisierten, weil damit auch eine zusammenfassende Wertung der Haltung des Kritisierten gemeint sein kann (vgl dBVerfG, AfP 1993, 563; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 2003, 5. Kap Rz 93).

Beweis: "News" vom 23.01.2003, 72 ff
 Einvernahme des BS
 Einvernahme von Hans Rauscher als Zg pAdAG
 Definition des Antisemitismus laut "Net-Lexikon"; **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**
 allfällige Beziehung eines Sachverständigen

4) Soweit das inkriminierte Werturteil auf ein entsprechendes Tatsachensubstrat schließen lässt, wird der Wahrheitsbeweis bzw der Beweis der Wahrnehmung journalistischer Sorgfalt wie folgt ausgeführt:

Zunächst ist auf die zahlreichen Verurteilungen der Krone durch den Österreichischen Presserat zu

verweisen.

Beweis: Verurteilungen durch den Österreichischen Presserat

A) Die Krone verbreitet antisemitische (Unter-)Töne:

Zur Definition von Antisemitismus sei zunächst auf die bereits oben zitierte Definition im "Net-Lexikon" verwiesen. Eine weitere wissenschaftliche Definition liefert Univ.Prof. Dr. Dietz Bering, Universität Köln (anlässlich einer Stellungnahme zum antisemitischen Charakter einer Rede von LH Dr.Jörg Haider am 28.2.2001):

"1. Wesen des Antisemitismus: Antisemitismus ist eine aggressive, politisch akzentuierte Lebenseinstellung, die von der grundsätzlich nichtswürdigen Wesensstruktur der Mitglieder des jüdischen Volkes ausgeht. Dabei ist impliziert:

1. *Juden sind nicht nur teilweise, sondern ihrer gesamten Natur nach schlecht.*
2. *Juden sind in allen ihren - eben nur negativen - Eigenschaften unverbesserlich.*
3. *Juden sind eben wegen dieser notwendig anwesenden Charaktermerkmale nicht eigentlich als eigenständige Individuen, sondern immer als Kollektiv zu betrachten.*
4. *Sie leben in dieser festgeschriebenen Negativität nicht abgeschieden für sich, sondern üben einen schlechten Einfluß aus auf die Gesellschaft, in der sie als eigentlich immer Wesensfremde leben. Dieser destruktive Einfluß, obwohl das gesamte Unheil des "Gastvolkes" hervorbringend, geschieht gleichwohl meist verdeckt, weil die Juden sehr häufig als normale Bürger des Landes (als Deutsche, Österreicher, Franzosen) getarnt sind. Beides - Einfluß und faktische Fremdheit - fordert also Aufdeckung, auf dass nach dieser Entlarvung das wahre, unveränderliche, also eigentlich klar ausrechenbare Wesen unkaschiert hervortritt".*

Beweis: Univ.Prof. Dr. Dietz Bering, Stellungnahme vom 28.02.2001

Der Sprachwissenschaftler Alexander Pollak (wissenschaftlicher Mitarbeiter der österreichischen Akademie der Wissenschaften mit Forschungsschwerpunkt "Diskurs, Politik, Identität", verweist überdies auf einen "sekundären Antisemitismus", der sich nach 1945 herausgebildet hat:

"Nachdem offener, unabgeschwächter Antisemitismus nach 1945 nicht mehr möglich war, entwickelten sich einerseits Formen der Verleugnung von Antisemitismus und zum anderen auch eine neue Sprache des Antisemitismus. Es entstand das, was in der Wissenschaft heute als "sekundärer Antisemitismus" bezeichnet wird. Die neuen antisemitischen Ausdrucksweisen basierten auf Andeutungs- und Anspielungsformen, die Bezüge zu weit verbreiteten antisemitischen Ressentiments herstellten und diese damit quasi in verschlüsselter und meist auch abgeschwächter Form reproduzierten. Die direkte, offene Artikulation von Antisemitismus war somit nicht mehr nötig, die Möglichkeit der Distanzierung quasi den neuen Artikulationsformen inhärent.

Ein weiterer zentraler Aspekt sekundären Antisemitismus ist die Tatsache, dass dieser sein "Aktionsfeld" ausgeweitet hat, sich in Ersatzhandlungen

jenseits "klassisch" antijüdischer Angriffe/Anspielungen übt. So hat sich als ein Feld von antisemitischen Ersatzhandlungen, die Vergangenheitspolitik, der Umgang mit dem Nationalsozialismus etabliert. Etwa, wenn "den Juden" Mitschuld an ihrer Vertreibung und Ermordung gegeben wird, wenn einzelne jüdische Persönlichkeiten, wie Simon Wiesenthal, als gnadenlose Rächer dargestellt werden, oder wenn versucht wird den Holocaust zu verleugnen bzw. zu verniedlichen.

Ein anderes Feld für antisemitische Ersatzhandlungen stellt der israelisch-palästinensische Konflikt dar. Antisemitismen finden hierbei ihren Ausdruck etwa in der Gleichsetzung von "den Israelis" bzw. "den Juden" mit "den Nazis", wenn es um die Beschreibung der israelischen Repressionspolitik gegenüber den Palästinensern geht".

Beweis: Alexander Pollak: "Konturen medialen Antisemitismus in Österreich. Sekundärer Antisemitismus und die Neudefinition der öffentlichen Antisemitismusschwelle in den österreichischen Medien seit 1945"; In: **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**, 1/2001;
Vgl auch Alexander Pollak/Nina Eger: Antisemitismus mit Anspielungscharakter. Über Analogien zwischen den Äußerungen Haiders gegenüber Muzicant und NS-antisemitischer Argumentation, in: Anton Pelinka, Ruth Wodak (Hg.), 2002, "Dreck am Stecken" - Politik der Ausgrenzung, Czernin, S. 107-210.

Wie im folgenden an Hand zahlreicher Textbeispiele zu zeigen sein wird, verwenden bzw. verwendeten die beiden langjährigen ‚Haupt-Meinungsträger‘ der *Krone*, "Staberl" (Richard Nimmerrichter) und Wolf(gang) Martin(ek) - "*In den Wind gereimt*" - durchgängig und über große Zeiträume hinweg das Instrument des "sekundären Antisemitismus" in der oben beschriebenen Form: Andeutungs- und Anspielungsformen, die Bezüge zu weit verbreiteten antisemitischen Ressentiments herstellten und diese damit quasi in verschlüsselter und meist auch abgeschwächter Form reproduzierten.

Im Grunde ist diese Diagnose schon auf die vor nunmehr 30 Jahren (1974) erschienene Serie "Die Juden in Österreich" von Viktor Reimann (einem Mitbegründer des "Verbandes der Unabhängigen" ‚VDU, der in den Nachkriegsjahren als Sammelbecken der NS-Anhänger diente) anzuwenden. In einem "textanalytischen Fragment" beurteilte Bernd Marin, heute Leiter des "Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung" in Wien, diese Zeitungsserie als "Nachweis einer latent antisemitischen Textstruktur":

"Offen antisemitische Behauptungen werden zwar mehrmals deutlich zurückgewiesen, mitunter aber nur unzulänglich, mit falschen Argumenten oder offenkundig bloß taktisch abgelehnt; andererseits werden antisemitische Behauptungen häufig unkommentiert, unwidersprochen, kritiklos und so ausführlich und ernsthaft referiert, dass dies nicht mehr als keine Zustimmung interpretiert werden kann....Der Antisemitismus wird zum Teil gerechtfertigt durch Umkehrzurechnung und –beschuldigung in dem Sinne, ‚die Juden‘ seien (wesentlich) an ihrer Verfolgung selbst schuld, den ‚der Jude selbst‘ wird als eine der Hauptursachen und Auslöser und Hauptideologe des Antisemitismus dargestellt)".

Beweis: Bernd Marin, Die Juden in der Kronenzeitung. In: "Antisemitismus ohne Antisemiten - Autoritäre Vorurteile und Feindbilder. Unveränderte Neuauflage früherer Analysen 1974-79 und Umfragen 1946-1991"; Wien 2000, Campus-Verlag

Die Judenserie der *Krone* wurde schließlich unvermittelt abgebrochen, nachdem der damalige

Wiener Erzbischof Kardinal Franz König bei Herausgeber Hans Dichand interveniert hatte.

1975 wurde Simon Wiesenthal, Leiter des Dokumentationsarchivs, von der KRONE kampagnenartig angegriffen, nachdem er Dokumente veröffentlicht hatte, aus denen hervorging, dass Friedrich Peter, damals FPÖ-Obmann und möglicher Koalitionspartner der SPÖ, 1941/42 in Russland bei einer SS-Einheit gedient hatte, deren ausschließliche Tätigkeit in Massakern an Juden bestanden hatte.

In den späten 80er- und in den Neunzigerjahren sind es dann die beiden Haupt-Meinungsträger der *Krone*, "Staberl" (Richard Nimmerrichter) und Wolf(gang) Martin(ek), die immer wieder mit antisemitischen, aber auch nationalistischen, rassistischen und auch NS-verharmlosenden Andeutungen, Anspielungen und Provokationen arbeiten.

Staberl:

Über Jahrzehnte hinweg war der Journalist Richard Nimmerrichter unter der Marke "Staberl" führender Meinungsmacher der *Krone*. Seine polemischen, in Sprache und Inhalt meist ausgesprochen radikalen Kolumnen erfreuten sich lange Zeit großer Beliebtheit und wurden als Ausweis der Volksnähe der *Krone* verstanden. Staberls Kolumne erschien über Jahrzehnte hinweg praktisch täglich und war ein Erfolgsgeheimnis der *Krone*.

In Staberls Kolumnen sind reichlich ausländerfeindliche, rassistische und nationalistische Töne anzutreffen, vor allem aber antisemitische, wie es sonst wohl in keinem Massenblatt in entwickelten Demokratien möglich wäre.

Im Zuge der sogenannten Waldheim-Affaire veröffentlichte Staberl eine Kolumne am 17. Dezember 1988, in der er den Journalisten von der New York Times, Abraham Rosenthal einmal bei seinem richtigen Namen nennt, dann wieder "Rosenbaum" oder "Rosenberg", also ein Spiel mit "typisch jüdischen" Namen treibt.

Der damalige Präsident der Kultusgemeinde, Paul Grosz, erklärte gegenüber der "Arbeiterzeitung", die *Krone* "benutze seit geraumer Zeit Antisemitismen, um die Sympathie der Leute zu gewinnen. Es werde wieder Stimmung gegen die Juden gemacht".

Simon Wiesenthal, der Leiter des Dokumentationsarchivs sagte dazu, ebenfalls zur AZ: "Man will nicht nur einen Juden, man macht drei daraus, dann kommt man näher an den Begriff ,alle Juden'".

Proteste gegen "Staberl"-Artikel

Utl: Präsident Grosz sieht Stimmungsmache gegen Juden =

Wien (APA) - Proteste jüdischer Organisationen hat ein Artikel des "Kronen Zeitungs"-Kolumnisten "Staberl" (Richard Nimmerrichter) vom vergangenen Samstag ausgelöst. "Staberl" hatte sich darin mit einem Artikel der "New York Times" auseinandergesetzt und den Namen des Autors A. M. Rosenthal in seiner Kolumne in "Rosenbaum" und "Rosenberg" abgeändert. Gegenüber der "AZ" (Dienstag-Ausgabe) wertete der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Paul Grosz diese Schreibweise als Stimmungsmache gegen

die Juden. ****

Im Einzelnen warf Grosz in der "AZ" der "Kronen Zeitung" vor, sie benütze seit geraumer Zeit Antisemitismen um Sympathien zu gewinnen. Auch Simon Wiesenthal kritisierte - gleichfalls in der "AZ" - den erwähnten Artikel: "Man will nicht nur einen Juden, man macht drei daraus, dann kommt man näher an den Begriff `alle Juden`."

*Der Grüne Abg. Peter Pilz kündigte - laut "AZ" - eine parlamentarische Anfrage an den Bundeskanzler an. Franz Vranitzky solle mitteilen, ob er bereit sei, "sicherzustellen, dass Medien, die antisemitisches Schreiben dulden oder fördern, die Pressbeförderung gestrichen" werde.
(Schluss) jn/si*

APA276 1988-12-19/17:18

0022/0155/1246

Beweis: APA vom 19.12.1988

Am 16.Mai 1990 beschäftigte sich Staberl mit der Schändung des jüdischen Friedhofs in der südfranzösischen Stadt Carpentras. Er fragte, ob die riesigen Demonstrationen, die daraufhin in Paris unter Beteiligung des Staatspräsidenten Mitterrand stattfanden, "überhaupt als sinnvolle Aktion anzusehen wären", weil sich ohnehin niemand mit der Schändung solidarisiere (dies vor dem Hintergrund der Wahlerfolge des rechtsextremen Le Pen, der auch mehrfach antisemitische Äußerungen getätigt hatte).

Weiters berichtet Staberl "der Demonstration von Paris wurde ein einziges Transparent vorangetragen: ‚Gegen Rassismus und Antisemitismus‘. Doch das Verbrechen von Carpentras hat eigentlich mit keinem dieser Begriffe etwas gemein. Hier ist nur das Böse und Abwegige in konzentrierter Form offenbar geworden".

Die Leugnung des Antisemitismus ist selbst klar antisemitisch. Staberl hätte sagen können, man wisse über die Motive der Täter ja noch nichts. Aber er erklärt a priori, dass eine Schändung jüdischer Gräber nichts mit Antisemitismus zu tun habe.

Beweis: *Krone* vom 16.05.1990

Einen echten Höhepunkt erreichten die antisemitischen Töne der *Krone* in einer Kolumne ihres Star-Kolumnisten "Staberl" (Richard Nimmerrichter) vom 10.Mai 1992 ("Methoden eines Massenmordes"), deren Kernaussage war, "nur verhältnismäßig wenige der jüdischen Opfer sind vergast worden".

Die Vergasung von so vielen Menschen (wobei Staberl hier nie eine genaue Zahl nennt, weder die sechs Millionen ermordeter Juden, die im allgemeinen Bewusstsein verankert sind, noch die 5,1 Millionen, die eine spätere Forschung ermittelt hat), sei, wie von Fachleuten nachgewiesen, "rein technisch unmöglich gewesen". Die große Mehrzahl sei "verhungert oder erschlagen worden, durch Fleckfieber, Ruhr und Typhus umgekommen...erfroren oder an Entkräftung verstorben".

Dies, so Staberl, sei aber nichts anderes als in den "Kriegsgefangenenlagern der Russen" gewesen, wo auch zehntausende (deutsche Soldaten) umgekommen seien.

“Staberl” relativiert und verharmlost hier die bewusst geplante industrielle Massentötung der Juden durch das NS-Regime, indem er zunächst das Vorhandensein entsprechender Einrichtungen leugnet und sich auf “Fachleute” bezieht, die in Wirklichkeit revisionistische Auschwitz-Leugner und/oder Scharlatane sind, deren Theorien schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Kolumne wissenschaftlich widerlegt waren.

Im nächsten Schritt setzt er die industrielle Massentötung, die auf totale Ausrottung abgestellt war, mit den zweifellos furchtbaren Zuständen in den russischen Kriegsgefangenenlagern gleich (ohne zu erwähnen, dass 3,3 Millionen russische Kriegsgefangene in deutschen Lagern umgekommen sind) und beraubt damit das Schicksal der 5,1 Millionen getöteten europäischen Juden (eine Zahl, die er nie erwähnt) ihrer historischen Einzigartigkeit.

Beweis: Krone vom 10.05.1992

Laut einem sprachwissenschaftlichen Gutachten von Univ.Prof.Ruth Wodak und dem (damaligen) Univ.Ass. Helmut Gruber handelt es sich dabei

*“nicht nur um eine Strategie der **Aufrechnung von Opfern** und des **Relativierens** von NS-Verbrechen, sondern v.a. um eine weitere **Implikation eines aus der NS (und Neonazi-) Propaganda geläufigen antisemitischen Vorurteils**: indem KZs und Kriegsgefangenenlager gleichgesetzt werden, wird impliziert, dass auch die Insassen beider Arten von Lager den gleichen Status gehabt hätten. Das würde bedeuten, dass die internierten Juden “Kriegsgefangene” gewesen seien und weiter, dass sich die Juden “im Krieg” mit dem deutschen Reich befunden hätten. Genau darauf stellt aber auch die Neonazi-Propaganda immer wieder ab: die Juden hätten 1939 den Deutschen den Krieg erklärt, die antijüdischen Maßnahmen des NS-Staates seien also nur “Selbstschutz” gewesen (vgl. DÖW, 1981). Außerdem knüpft der Autor hier an die euphemistische NS-Terminologie an: auch Birkenau, die Vernichtungsanlage von Auschwitz, wurde in NS-Dokumenten “Kriegsgefangenenlager” genannt (Hilberg, 1990)”*

Beweis: Wodak/Gruber, “Ein Fall für den Staatsanwalt? Diskursanalyse der Kronenzeitungsberichterstattung zu Neonazismus und Novellierung der österreichischen Verbotsgesetznovelle im Frühjahr 1992”, Institut für Sprachwissenschaften der Universität Wien, Seite 32 ff

Im Schlussabsatz stellt “Staberl” dann noch die jüdischen Opfer dem Kreuzestod Christi gegenüber: *“Die dritte Generation überlebender Juden mag die Märtyrer-Saga der so barbarisch vergasten Opfer Hitlers auf ähnliche Weise brauchen, wie die Christen seit 2000 Jahren das Andenken an den - wohl noch barbarischeren - Kreuzigungstod Jesu Christi pflegen”.*

Der Autor stellt also das historische Faktum der fabrikmäßigen Ermordung von Millionen als eine Art Folklore mit hohem emotionalem, aber geringem Faktengehalt dar, der so ähnlich zu betrachten sei, wie der zentrale Glaubensinhalt der christlichen Religion (womit er gleichzeitig geschickt den christlichen Antisemitismus - “Die Juden haben unseren Herrn getötet”) - evoziert.

Das Gutachten von Wodak/Gruber gelangt zu der Schlussfolgerung, dass

“die diskursanalytische Untersuchung des Texts der “Staberl“-Kolumne vom 10. 5. 1992 ergeben hat, dass in ihr nationalsozialistische Verbrechen verharmlost und

antisemitische Klischees verbreitet werden. Der Autor geht von verzerrt und übertrieben dargestellten Standpunkten ("Alle Juden im III. Reich wurden vergast" vs. "Im III. Reich wurden überhaupt keine Juden getötet") aus, um argumentieren zu können, dass nur ein geringer Teil der jüdischen Opfer des III. Reiches vergast wurde, der überwiegende Teil jedoch lediglich durch "unterlassene Hilfeleistung" zu Tode kam. Dies widerspricht den historischen Fakten, wie sie in der einschlägigen Fachliteratur nachzulesen sind, und stellt eine Verharmlosung des Vernichtungsprozesses der Juden während der NS-Zeit dar. Die Tatsache, dass der Autor in seiner Argumentation von falsch dargestellten Voraussetzungen ausgeht, zeigt, dass es ihm nicht um eine tatsächliche Auseinandersetzung mit der historischen Wahrheit geht (und man ihm deshalb zubilligen könnte, dass er über historische Fakten einfach falsch informiert sei), sondern dass er nur einen Vorwand sucht, um seine verharmlosende Darstellung nationalsozialistischer Greueltaten auszuführen. Wortwahl und Argumentation an einigen Stellen zeigen auch, dass der Autor die allgemein üblichen Denk- und Sprechweisen über die Judenvernichtung nicht akzeptiert, sondern indirekt an neonazistische und nazistische Verharmlosungs- und Verleugnungsstrategien nationalsozialistischer Verbrechen anschließt. Antisemitische Klischees werden indirekt (durch Anspielung, Aufrechnung, Verzerrung, Vagheit und Implikation) geäußert und geben diesem Text einen judenfeindlichen Unterton, der die Verharmlosung von NS-Greueln erleichtert (und in den Augen mancher Leser wohl auch rechtfertigt)".

Beweis: Wodak/Gruber, Seite 35 ff

Das Gutachten beschäftigte sich noch mit einer Reihe anderer Kolumnen von "Staberl" zu der Thematik, sowie anderer redaktioneller Texte im Frühjahr 1992, und zwar vor dem Hintergrund neo-nazistischer Umtriebe in Österreich und einer Novellierung des Verbotsgesetzes in dieser Zeit.

Es kommt zu dem Schluss:

"Wir können damit zusammenfassend sagen, dass die gesamte Meinungs- und Tatsachenberichterstattung der NKZ im Zeitraum von Jänner bis Mai 1992 von einer generellen Verharmlosung und Leugnung neonazistischer Umtriebe in Österreich und der Ablehnung einer Novellierung des Verbotsgesetzes gekennzeichnet war. Dies drückte sich textsortenspezifisch (Tatsachen- vs. Meinungstextsorten) unterschiedlich aus. Der Autor der Kolumne "Staberl" war dabei innerhalb der Meinungstexte der vehementeste Verfechter der beiden eben genannten Einstellungskomplexe der NKZ. Er argumentierte nicht nur in die angegebene Richtung, sondern wandte eine Vielzahl sprachlicher Strategien an, die seinen Lesern die von ihm vertretenen Meinungen auch auf der emotionalen Ebene nahebringen (Lächerlichmachen gegnerischer Positionen, Übertreiben von gegnerischen Standpunkten, direkte Abwertung Andersdenkender, Aufrechnung und Verwendung des "Wir-Diskurses")."

Die Kolumne vom 10.5. kann deshalb nur als Höhepunkt und Weiterführung einer Verharmlosung neonazistischer Umtriebe in Österreich gesehen werden. Dabei ist jedoch anzumerken, dass in den "Staberl"-Kolumnen, die vor dem 10.5. erschienen, neonazistische, rechtsradikale und antisemitische Strömungen zwar verharmlost worden sind, ihre inhaltlichen Positionen jedoch (mit Ausnahme der Kolumne vom 8.4.) nicht übernommen wurden. Die Kolumne vom 10.5. stellt deshalb eine Ausnahme dar, als hier versucht wird, rechtsradikale Positionen mit argumentationsähnlichen Textformen zu stützen"

Beweis: Wodak/Gruber, Seite 62

Schließlich setzen sich Wodak/Gruber mit "Sprachlichen Mustern und Vorurteilen in

Staberl-Kolumnen auseinander und kommen zu folgender Beurteilung:

“Insgesamt konnten wir in diesem Teil unseres Gutachten nachweisen, dass der Autor (mindestens) seit dem Jahr 1986 immer wieder antisemitische Vorurteile in seinen Kolumnen direkt oder indirekt äußert. Auch die sprachlichen Mechanismen der Verleugnung und Verharmlosung von Antisemitismus und NS-Zeit sind dieselben, wie wir sie in den Kolumnen des Jahres 1992 und speziell auch in der vom 10.5. finden konnten (Übertrieben dargestellte Standpunkte, Lächerlichmachen gegnerischer Aussagen und Stellungnahmen, Rekurs auf die eigene Lebensgeschichte, Aufrechnung und Relativierung). Dennoch stellen einige in der Kolumne vom 10.5. 1992 gefundenen Vorurteile (v.a.christlicher Antisemitismus) für die "Staberl"-Kolumnen (nicht aber für andere Texte der NKZ und anderer österreichischer Printmedien sowie den halböffentlichen Diskurs) Novitäten dar. Ebenso fand sich in den von uns untersuchten Kolumnen des Autors zwar insgesamt eine Verharmlosung der NS-Zeit und eine Leugnung der Mitschuld Österreichs an NS-Verbrechen, die Verleugnung oder Verharmlosung von Verbrechen der NS-Zeit konnte jedoch in anderen Texten nicht nachgewiesen werden. Damit steht die Kolumne vom 10.5.1992 zwar inhaltlich und formal (bez. der verwendeten argumentativen und anderen sprachlichen Muster) in einer kohärenten Linie mit den übrigen Texten des Autors, stellt aber dennoch einen qualitativen Sprung in der besonderen Argumentation dar”

Beweis: Wodak/Gruber, Seite 82

Von der Israelitischen Kultusgemeinde wurde von Univ.Prof. Franz Januschek, Carl-v.Ossietsky-Universität Oldenburg ein weiteres Gutachten angefordert. Dieses Gutachten vom 23.6.1992 kommt zu dem Schluss:

“Die systematische Massenvernichtung von Juden wird relativiert, indem sie mit Einzeldaten bzw. mit Kriegsgefangenenlagern verglichen und somit als bedauerliche Kriegerscheiße deklariert wird”. Überdies könne der Leser “den Eindruck gewinnen, Vergasung von Juden sei - wenn sie denn überhaupt stattfand – ein Mord wie jeder andere auch”.

Beweis: Univ.Prof.Franz Januschek, “Sprachwissenschaftliches Gutachten über die Kolumne “Staberl” in der Kronenzeitung vom 10.5.1992

Wie die Kolumne von “Staberl” zumindest bei einem Teil der Adressaten aufgenommen wurde, zeigt die Zusendung eines Lesers namens Ing.Sepp Hoflehner, Wachtbergstr. 46, 3500 Krems, an den damaligen “Kurier“-Autor Hans Rauscher. Die Zusendung besteht aus einer Kopie der Staberl-Kolumne, versehen mit handschriftlichen Anmerkungen (“6 Millionen Jiden vergast !”) und aus der Kopie eines insgesamt 14 Seiten umfassenden Briefs, der ursprünglich an die Historikerin Brigitte Bailer-Galanda gerichtet und vom 24.3.1992 datiert war. Beides strotzt vor antisemitischen Auslassungen (“die hasserfüllten, krankhaften, geldgierigen Juden der Welt”), wobei die Staberl-Kolumne plus früherem Brief offenbar Herrn Rauscher als Bestätigung der “Jahrhundertlüge der von uns Soldaten vergasten 6 Millionen Juden” angeboten werden sollte.

Beweis: Kopie Brief Ing. Sepp Hoflehner

Insgesamt kann gesagt werden, dass die Staberl-Kolumne vom 10.5.1992 als Höhepunkt des eingangs erwähnten “sekundären Antisemitismus” betrachtet werden kann und zweifellos zu schwersten Konsequenzen geführt hätte, wäre sie bspw in einer deutschen Zeitung erschienen oder wäre eine solche Argumentation von einer Figur des öffentlichen Lebens in Deutschland erhoben

worden.

Staberl wurde in der Folge wegen dieser Kolumne auch vom Österreichischen Presserat verurteilt.

Auch in den nächsten Jahren beschäftigte sich Staberl mit diesem Thema in typischer Weise. So stellte er in der Kolumne vom 13.1.1997 wieder eine absurde Behauptung auf - ein Klüngel in der SPÖ hätte an Hand des Präsidentschaftskandidaten Waldheim das ganze Land als "Hort von, wohlkalkuliert, unbelehrbaren Antisemiten" hinzustellen versucht. Der Einschub "wohlkalkuliert" impliziert die gängige antisemitische These, "die Juden" würden aus einem von außen induzierten Schuldkomplex der Österreicher finanzielle Vorteile herausholen wollen:

Staberl

Schlechte Presse für Österreich

Spätestens seit dem sogenannten Fall Waldheim sind wir Österreicher an eine schlechte Presse in der Welt hinlänglich gewöhnt. Als damals ein niederträchtiger Klüngel in der SPÖ im Verein mit willfähigen Helfershelfern nicht davor zurückschreckte, mit der Kampagne gegen den Präsidentschaftskandidaten Waldheim das ganze Land als Hort von lauter Alt- und Neonazis und, wohlkalkuliert, unbelehrbaren Antisemiten hinzustellen, um solchermaßen die unerhörte Schmach eines nichtsozialistischen Bundespräsidenten hintanzuhalten: da gingen in der westlichen Presse bald ganze Sturzbäche übelster Sudeleien über Österreich nieder.

"Waldheim, der SS-Schlächter!" trompetete das notorische Schmierblatt "New York Post" wunschgemäß aus. Waldheim, der Kriegsverbrecher, hieß es bald auch in sonst seriöseren Zeitungen. Viel hätte nicht gefehlt, dann wäre Waldheim als Alleinschuldiger an jenem Zweiten Weltkrieg dagestanden, dem selbst ein Adolf Hitler nur widerwillig zugestimmt hatte.

Dass wir Österreicher aber auch abseits der weltpolitischen Szene kaum etwas unversucht lassen, das uns international schlechte Zensuren einbringt, hatten wir zuvor schon bei unserem sogenannten Weinskandal bewiesen. Hier war in selbstzerstörerischer Weise ein ganz gewöhnlicher Kriminal- und Betrugsfall - billiger Konsumwein wurde mit Hilfe von Diäthylenglykol zu teurem "Kabinettwein" hochgepantscht - zu einem regelrechten Versuch des Massenmordes an den Weintrinkern manipuliert worden. Von Frostschutzmittel im Wein war gar bald die Rede, obwohl doch das Glykol in jedem künstlichen Süßstoff und in vielen anderen Lebensmitteln anstandslos verwendet werden darf.

Zur gleichen Zeit setzte es bei einem echten Weinskandal in Italien wohlgezählte 18 Tote ab; von dem Speiseölskandal in Spanien mit Dutzenden Toten und Hunderten lebenslänglich Geschädigten ganz zu schweigen.

Unser Weinskandal hat, nachträglich besehen, sein Gutes gehabt. Seither werden in Österreich Weine produziert, die es mit den edelsten Kreszenzen aus aller Welt getrost aufnehmen können. Zum Nutzen unserer Weinexporte spricht sich dies unter den Kennern aller Länder auch schnell herum.

Waren im Fall Waldheim Politagitatoren übelster Sorte und im Weinskandal die masochistischen Aufbauscher simpler krimineller Tatbestände am Werk gewesen, so gehen die zwei allerneuesten Fälle abträglicher Presseberichte über Österreich ganz und gar auf die Kappe unserer Regierung.

Sie hat im Fall einer angestrebten Privatisierung der Creditanstalt versagt und uns in der wahrhaftig burlesken Autobahnpickerl- und Vignettenaffäre einer wahren Sturzflut von Spott und Hohn ausgeliefert.

Da liest man zum Beispiel in Deutschland, es sei ungewiß, ob man als deutscher Feriengast die österreichische Vignettenpflicht umgehen könne;

sicher sei lediglich, dass man das Urlaubsland Österreich insgesamt umgehen könne. Fazit: Die Regierung hat's verbockt - den Schaden tragen wir".

Nicht unmittelbar antisemitisch, aber erschreckend geschichtsfälschend, NS-verharmlosend und charakteristisch für die Denkweise des Autors ist der unvermittelt eingestreute Halbsatz: "der Zweite Weltkrieg, dem selbst Hitler nur widerwillig zugestimmt hatte." Die Leugnung der Tatsache, dass Hitler den Weltkrieg lange geplant, spätestens mit dem Einmarsch in die Tschechoslowakei im März 1939 bewußt provoziert und schließlich mit seinem Überfall auf Polen im September 1939 endgültig ausgelöst hatte, ist im Grunde unter dem Gesichtspunkt der gröblichen Verharmlosung des NS-Regimes zu betrachten.

Beweis: Krone vom 13.1.1997

Als es dann in der österreichischen politischen Debatte etwa ab dem Jahre 2000 um die Zahlungen an die ehemaligen Zwangsarbeiter und für nicht, bzw. mangelhaft restituiertes jüdisches Vermögen ging, fand Staberl wieder zu seinen alten Themen und Stilmitteln.

In einer Kolumne vom 10.7.2000 verwies er auf seine Postmappe mit Leserbriefen, in denen gefragt wurde, wie viel Österreich an die (überwiegend jüdischen) Opfer des NS-Regimes bezahlt habe, was implizit bedeutet, es sei schon mehr als genug gezahlt worden. Staberl zieht dann eine ältere Kolumne aus dem Jahr 1994 heran, in der er die absurde Berechnung des damaligen österreichischen Botschafters in Israel, die freilich im Wiener Außenministerium angestellt wurde, zitierte. Demnach seien in den Jahrzehnten seit dem Krieg zwischen 200 und 300 Milliarden Schilling an Entschädigungen an NS-Opfer geflossen. Da sich auf diese Berechnung sofort Kritik von Experten erhob, revidierte das Außenministerium später auf die Summe von immerhin 120 Milliarden Schilling. Auch diese Zahlung erscheint weit übertrieben, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass hier offenbar schon die Pensionszahlungen der Republik an ehemalige Österreicher, die ja auf einem Versicherungsanspruch basieren, als "Entschädigung" eingerechnet wurden. Jedenfalls wurde diese Summe von Brigitte Bailer-Galanda, einer Expertin des Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstandes (DÖW) in mehreren Artikeln und Interviews vehement bestritten.

Die ungeprüfte und unreflektierte Übernahme dieser Rechtfertigungen des Außenministeriums stellt ebenfalls eine Abwertung der Opfer dar, die hier als geldgierig und ewig unzufrieden dargestellt werden, was ebenfalls ein antisemitisches Klischee bedient.

Immerhin begnügt sich Staberl hier damit, die Daten des Botschafters Kröll aus dem Jahre 1994 unkommentiert und ohne weitere Polemik wiederzugeben, vielleicht weil es ein ÖVP-Kanzler war, der hier durch konkludente Handlungen eingestand, dass die Republik Österreich in den Jahrzehnten nach dem Krieg mehr als zurückhaltend gewesen war und die alten und neuen Zahlungen in keinem Verhältnis zu der enormen Summe "arisierten" Vermögens, ganz zu schweigen von erlittenen Verfolgungen, standen.

Staberl

Wie viel wurde schon bezahlt?

Ich greife aus einer Mappe, in der ich seit Beginn der Verhandlungen Österreichs über die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter und ehemaliger Arisierungsoffer die vielfach in recht empörtem Ton gehaltenen Leserbriefe sammle, zwei Schreiben heraus, die für viele stehen mögen:

"Ich bin der Ansicht, dass die jetzt an Österreich herangetragenen Forderungen auf keiner Rechtsbasis beruhen. Österreich hat keinen Krieg geführt. Es hat seinen Staatsvertrag von den Siegermächten bekommen und seine Bedingungen zur Gänze erfüllt. Österreich hat aber aus Gründen der moralischen Mitschuld vieler seiner Bürger an den Folgen des Krieges vielen Völkern geholfen, insbesondere auch Israel und seinen ehemaligen jüdischen Mitbürgern. Es wäre gut, wenn das österreichische Volk erfahren könnte, wie viel an finanziellen Leistungen dafür schon erbracht worden sind."

*Wilhelm Wittmann,
4048 Puchenau*

"Hat die Bevölkerung das Recht zu erfahren, was und wie viel österreichischerseits in den Topf ,Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus geflossen ist? Die Beantwortung dieser Frage würde sicherlich viele Österreicher interessieren."

Anna Ratzenböck, 4050 St. Martin

Als langjähriger Staberl-Leser kommen Ihre besten Artikel stets in mein Archiv, welches von Zeit zu Zeit durchgeblättert wird. So habe ich auch die "Anmerkungen zu einem Staatsbesuch" vom November 1994 ausgegraben. In Bezug auf die Sammelklagen des Herrn Fagan ist dieser "Staberl" aktueller denn je. Deshalb bitte ich Sie um neuerliche Veröffentlichung dieses hervorragenden Artikels. Ich bin überzeugt, dass die von unserem seinerzeitigen Botschafter in Israel, Dr. Herbert Kroll, gemachten detaillierten Zahlenangaben auch heute noch sehr viele Österreicher brennend interessieren werden.

Walter Fischl, 7563 Königsdorf

Zu dieser Frage habe ich bereits am 20. November 1994 einen Brief zitiert, den der damalige österreichische Botschafter in Israel, Dr. Herbert Kroll, unter der Aktenzahl 96 - Res/94 an das österreichische Außenministerium geschickt hat. Darin hieß es wie folgt:

"In Summe waren die zahlreichen Maßnahmen Österreichs zugunsten abstammungsmäßig Verfolgter seit 1945 wesentlich eindrucksvoller, als es die Medien stets darstellen: So leben in Israel derzeit 5004 Empfänger österreichischer Pensionen, deren Anspruchsberechtigung und Anrechnungszeitraum zum ganz überwiegenden Teil in der Sondergesetzgebung für abstammungsmäßig Verfolgte begründet ist. Im Jahr 1993 sind von Österreich nach Israel ca. 1,6 Milliarden Schilling an Pensions- und Opferfürsorge-Leistungen überwiesen worden. Für abstammungsmäßig Verfolgte in der ganzen Welt leistete Österreich etwa sechsmal so viel: Weltweit wurden 1993 ca. 8 Milliarden Schilling an ca. 30.000 abstammungsmäßig Verfolgte bzw. deren Ehegatten überwiesen. Derartige Leistungen Österreichs an abstammungsmäßig Verfolgte werden seit Jahrzehnten erbracht, betragen insgesamt 200 bis 300 Milliarden Schilling und laufen noch in Milliardenhöhe pro Jahr."

Am 10.12.2000 griff Staberl dann den typisch antisemitischen Topos vom "geldgierigen, gerissenen jüdischen Anwalt" auf, der noch mit dem Leid seiner Rassegenossen verdienen wolle:

Staberl

Abbitte an Mister Fagan

Als halbwegs ordentliche Christenmenschen steht es uns jetzt wohl an, einem Mann in aller Form Abbitte zu leisten, dessen Popularität in österreichischen Landen sich bisher allerdings in Grenzen gehalten hat. Frei bekennen wir es, dass wir dem gerissenen amerikanischen Advokaten Ed Fagan bisher Unrecht getan haben.

Gewiss, vom Delikt der unermesslich, im wahrsten Sinn des Wortes auch jederzeit über Leichen gehenden Geldgier ist Fagan nicht gerade freizusprechen. Aber was ihm hierzulande gar viele Landsleute angekreidet haben, nämlich dass er den mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Massenmord der Nazis an den jüdischen Vätern und Großvätern unter Vorschub der Söhne und Enkel posthum in ansehnliche Dollarmillionen ummünzen will, stimmt ja gar nicht. Herr Fagan macht sich nicht dessen schuldig, was der berühmte deutsche Schriftsteller Martin Walser mutig als "Institutionalisierung des Holocaust" angeprangert hat. Fagan will nicht allein am einstigen Leid der Juden oder der Zwangsarbeiter verdienen. Ihm sind vielmehr auch alle anderen Anlässe recht. Wie ein Geier stürzt er sich auf jedwedes auch in unseren Tagen vorkommendes und fernab von jeder Politik angesiedelte menschliche Leid, um daraus Kapital zu schlagen.

Das für Herrn Fagan jeweils herausspringende Kapital gering zu veranschlagen, käme einer argen Unterlassung gleich. Nach amerikanischer Praktik im Rechtswesen bewegen sich die Erfolgshonorare der Anwälte so um die vierzig Prozent der erfolgreich eingeklagten Summen herum. Das Geschäft floriert also bestens.

Dass es Fagan aber nicht nur um jüdische Nachkommen geht, mit denen er seine 40 Prozent einzusacken gedenkt, ist jetzt auf drastische Weise offenbar geworden; und hier liegt auch der Grund, der uns eine zerknirschte Entschuldigung bei dem Advokaten zur Christenpflicht macht. Der wahrhaftig vor nichts zurückschreckende Advocatus diaboli hat sich jetzt auch an die Hinterbliebenen der Opfer von Kaprun herangemacht. Den Weg zur Staatsanwaltschaft von Salzburg soll er bereits eingeschlagen haben, um dort, an die Adresse der Hinterbliebenen der 155 Toten gerichtet, wissen zu lassen, dass er sich eine Schadenersatzleistung von 45 Milliarden Schilling "vorstellen" könne, also so rund 300 Millionen pro Todesopfer.

Nun weiß auch Fagan, dass solche Summen weit jenseits aller österreichischer Rechtsprechung liegen. Darum will er auch seine Prozesse um das Herausschlagen von 45 Milliarden Schilling nicht vor österreichischen, sondern vor amerikanischen Gerichten führen; also zum Beispiel vor Bezirksgerichten in Kentucky oder Oklahoma. Das erscheint zwar hinterwäldlerischen Europäern als völlig absurd, doch wenn man die allgemeine Anmaßung Amerikas als oberster Weltgendarm ins Kalkül zieht, dann mögen ja Fagans Chancen schon wieder steigen.

Geld allerdings wird er selbst im Erfolgsfall in Amerika nicht heraus schlagen können. Da wird er sich eventuell mit den Akonto-Zahlungen leichtgläubiger hiesiger Klienten begnügen müssen.

In höhnischer Betrachtungsweise wird hier der jüdische Anwalt vom Vorwurf der Geldgier "freigesprochen",. Denn er wolle ja nicht nur an jüdischen, sondern auch an österreichischen Opfern (allerdings nicht des Holocaust, sondern eines Brandunglücks) verdienen.

Beweis: Krone vom 10.12.2000

In einer Kolumne vom 12.1.2001 griff Staberl wieder zu der Methode, die Berechtigung von Entschädigung und Restitution von (hauptsächlich jüdischen) Opfern grundsätzlich zu bejahen, aber im nächsten Atemzug zu unterstellen, es sei ohnehin schon genug gezahlt worden und die geldgierigen Juden würden sich nie zufrieden geben. Es müssten auch die Urenkel noch zahlen, nach dem Motto: "Noch einmal und immer wieder!"

Staberl

Noch einmal und immer wieder

"Der "Durchbruch" sei, wollte man einer hiesigen Überschrift in Balkenlettern glauben, "historisch". Gleich drunter aber steht im Wiener "Kurier" dies: "Dickes Lob der USA für 2,7 Milliarden Wiedergutmachung."

Ganz so dick scheint aber das Lob aus den USA zumindest dann nicht ausgefallen zu sein, wenn man sich wiederum eine Aussage des amerikanischen Vize-Finanzministers und Verhandlungsführers Stuart Eizenstat hernimmt. Der hat nämlich, immer noch nach Meldung in der gleichen Zeitung, ausdrücklich "gewarnt", bereits von einer "Einigung" über die Wiedergutmachung für jüdische NS-Opfer zu reden. Es werde vielmehr noch einer gewissen "Flexibilität" bedürfen, um diese Einigung tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen.

Wie in diesem Zusammenhang das Vokabel "Flexibilität" zu verstehen sei, bedarf kaum einer besonderen Phantasie. Es wird wohl die Aufforderung bedeuten, das bereits wesentlich verbesserte Offert von 7,2 Milliarden, das die Republik Österreich bereits gelegt hat, noch ein weiteres Mal aufzufetten.

Allerdings werden wir dem stellvertretenden amerikanischen Finanzminister, der jetzt noch ein paar Tage lang in seinem Amt bleiben darf, nicht vorwerfen können, dass es ihm vielleicht nur ums Geld gehe. In einem Telefongespräch mit Bundespräsident Klestil sprach Eizenstat vielmehr die dringende Bitte aus, dass Österreichs Staatsoberhaupt in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten Clinton doch - jetzt wörtlich! - "noch einmal die Mitschuld mancher Österreicher an den NS-Gräueln" darlegen möge.

Nun hat Klestil bereits 1994 vor der Knesset, dem israelischen Parlament, diese Mitschuld Österreichs in aller Form reuevoll eingestanden. Wie oft solche Eingeständnisse im Namen der Österreicher, die allein schon auf Grund ihres Geburtsdatums mit den Untaten des Hitlerregimes überhaupt nichts zu tun haben konnten, noch zu erfolgen haben, wissen wir nicht. Es ist uns ja auch unbekannt, wie oft wir noch in aller Zukunft zur Kassa gebeten werden könnten. Hier ist ein erstes Signal ja bereits erfolgt. "Noch nicht zugestimmt", so liest man nach der Balkenlettern-Überschrift im Kleingedruckten weiter, "haben die jüdischen Opfervertreter".

Nun ist es für jeden auch nur halbwegs anständigen Menschen gar keine Frage, dass zurückzugeben sei, was einst gestohlen, geraubt, unterschlagen

oder erpresst worden ist. Aber auch der reuigste Zahler wird ja wohl das Recht haben, zwei nahe liegende Fragen vorzubringen. Nämlich: Wie oft wir erstens noch zu zahlen haben? Zweitens aber: Wie lang? Wie viel kommende Generationen noch? Müssen nach Söhnen und Enkeln auch künftige Urenkel zahlen?

Da sind ja nicht nur die jüdischen Opfer Hitlers noch lang nicht mit dem zufrieden, was diese Österreicher da anbieten. Auch die Zwangsarbeiter, vertreten von jenen Advokaten, die nicht nur ums allgemeine Recht, sondern auch ebenso entschlossen für ihre Erfolgshonorare kämpfen, wollten ja mehr und immer mehr.

Allgemeines Motto: Noch einmal und immer wieder!"

Beweis: Krone vom 12.01.2001

Die Diktion des Artikels entspricht klassischen antisemitischen und rechtsextremen Klischees: "Wie lange noch? Werden auch noch unsere Urenkel zu zahlen haben?" - Dabei wird unterschlagen, dass die österreichische Regierung direkt und indirekt zugegeben hat, dass die früheren Zahlungen, bzw. Entschädigungen und Restitutionen der Nachkriegszeit außerordentlich unbefriedigend und in keiner Weise dem Wert des geraubten Vermögens und des zugefügten Leids entspreche. Aus historischen Forschungen (vgl. *Robert Knight*, "Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen" - Böhlau) ist bekannt, dass sich die ÖVP/SPÖ-Regierungen bis weit in die Neunzigerjahre hinein vor entsprechenden Verpflichtungen zu drücken versuchten, auch mit dem Mittel, "die Sache in die Länge zu ziehen".

Dennoch unterstellt Staberl "nicht nur" die jüdischen Opfer seien "noch lange nicht zufrieden" (typisch geldgierige Juden), sondern auch die Zwangsarbeiter, vertreten von (geldgierigen jüdischen) Advokaten "wollen ja mehr und immer mehr".

Staberl unterschlägt dabei die Tatsache, dass die (russischen, polnischen, tschechischen usw.) Zwangsarbeiter bis zu jenem Jahr 2000 überhaupt nichts bekommen haben und ohnehin nur symbolische Beträge erhalten, soweit sie überhaupt noch am Leben sind. Hier verbindet sich Antisemitismus mit Rassismus, bzw mit glatter Menschenverachtung.

Im Jahr 2001 schied Staberl dann im Alter von 80 Jahren aus der KRONE aus, deren wesentlicher meinungsbildender Bestandteil er praktisch seit ihrer Gründung 1959 gewesen war.

Wolf Martin

Doch nicht nur Staberl, sondern auch der zweite prominente Meinungsträger der KRONE, Wolf(gang) Martin(ek) , dessen "In den Wind gereimt"-Kolumne in Gedichtform nach wie vor praktisch täglich erscheint, ergeht sich immer wieder in antisemitischen Anspielungen. Ein besonders krasses Beispiel war das Gedicht vom 21.11.1994:

In den Wind gereimt

Der Scholten ist bei uns Minister.

*Oft Gast im Heil`gen Lande ist er.
Das ist schon gut. Das ist schon recht.
Wär`s umgekehrt, wär`s auch nicht schlecht.*

Wolf Martin schlägt damit vor, Unterrichtsminister Scholten, der häufig nach Israel fahre, könne sozusagen gleich dort bleiben. Dazu muss man wissen, dass zu diesem Zeitpunkt die teil-jüdische Herkunft von Minister Scholten in österreichischen politischen Kreisen thematisiert wurde. Es erschienen in rechten Publikationen Artikel, Scholten müsse eigentlich den (jüdisch klingenden) Namen "Pfefferkorn" tragen. Scholtens Vater selbst hatte Memoiren veröffentlicht, in denen die jüdische Religionszugehörigkeit des Großvaters erwähnt wurde.

Wolf Martin spielt offenbar auf diese Flüsterkampagne in rechten Kreisen gegen den wegen seiner progressiven Kulturpolitik dort missliebigen Scholten an und macht sie sich zu eigen. Selbst wenn er aber über diese Zusammenhänge nicht informiert gewesen wäre (was eher unwahrscheinlich ist), können seine Verse nur als Aufforderung an Scholten verstanden werden, doch nach Israel zu emigrieren, weil dort sein "wahres Volk" wäre.

Dies passt in die antisemitische Standard-Aufforderung, Juden, gleichgültig ob österreichischer Staatsbürgerschaft oder nicht, sollten doch in "ihr Land" gehen.

Beweis: *Krone* vom 21.11.1994

Das selbe Thema – Juden gehören doch nach Israel - , aber mit dem Zusatz - sie tun es nicht, weil es ihnen bei uns doch materiell soviel besser geht - , schlug Wolf Martin in seinem Gedicht vom 16.2.2000 an. Offenbar anspielend auf den Regierungseintritt der FPÖ von Jörg Haider (der sich mehrfach mit NS-Verharmlosungen hervorgetan hatte) schrieb er:

In den Wind gereimt

*Dass Juden jetzt aus Östreich flüchten,
steht zu befürchten wohl mitnichten.
Denn selbst für ärgste Haider-Fresser
lebt es sich wohl um Häuser besser
im "Nazi-Land" der blauen "Schande"
als im gelobten heiligen Lande . . .*

Beweis: *Krone* vom 16.02.2000

Auch hier wird wieder durch Negation ("zu befürchten wohl mitnichten") eine Vorstellung – dass viele oder alle Juden jetzt die Absicht hätten , aus Österreich flüchten - überhaupt erst hervorgerufen, also ein Konstrukt geschaffen, das nichts mit der Realität zu tun hat, aber sofort antisemitische Konnotationen hat. Die werden noch dadurch verstärkt, dass unterstellt wird, sie blieben doch lieber da, weil es ihnen, geldgierig wie sie sind, hier materiell besser geht, wobei der Wiener Dialektausdruck "um Häuser besser" noch eine Anspielung auf jenen Besitz

darstellt, den man den Juden (zu Unrecht ?) restituiert hat.

Die überaus geschickte Konstruktion dieser Unterstellung wurde von Prof. Ruth Wodak in einem weiteren sprachwissenschaftlichen Gutachten wie folgt dargestellt:

“Das Gedicht von Wolf Martin ist täglicher Bestandteil der Kronenzeitung. Martin greift in seinen Gedichten meist aktuelle bzw. unterschwellige Themen heraus und argumentiert - mit Hilfe einer plakativen Sprache – gegen geäußerte oder unterstellte Meinungen.

So auch in dem vorliegenden Gedicht: Der erste Satz heisst “ Dass Juden jetzt aus Österreich flüchten, steht zu befürchten wohl mitnichten”. Es fragt sich sofort, wer denn behauptet hätte, dass Juden jetzt flüchten wollen oder müssen, wer denn dies gesagt habe. Eine ursprüngliche Meinung wird vorausgesetzt, aber nicht zitiert oder benannt. Wobei dies auch zweideutig interpretiert werden kann:

- 1) Jemand hätte behauptet, Juden wollten flüchten;
- 2) Juden sollten flüchten.

Damit wird eine faktische Realität unterstellt, die aber nicht bewiesen ist; wohl aber auf gaengige Stereotype anspielt (siehe Wodak et al 1990; Reisigl und Wodak 2000), naemlich dass Juden emigrieren (ohnehin die Reichen) und es sich im Ausland gutgehen lassen. Verzerrung und Verharmlosung von historischen und auch aktuellen Ereignissen sind damit gleichzeitig in den Raum gestellt: denn gefluechtet sind Juden vor Todesgefahr 1938 und spaeter; und die Umstaende waren schrecklich. Dieses Stereotyp ueber die “Emigration” (nicht Vertreibung oder Exil) finden wir in der Kronenzeitung auch in diversen Staberl Kolumnen und im Alltagsdiskurs (vgl. Gruber und Wodak 1992).

Mit diesem ersten Satz setzt Wolf Martin also die These seiner Argumentation, im Sinne einer unbegründeten Refutatio.

Aus dieser These, die also auf einer unbegründeten Annahme beruht, folgt nun der zweite Schritt der Argumentation: Die Begründung der These, die wiederum auf zahlreiche gängige antisemitische Topoi anspielt. Erstens wird unterstellt, Juden seien “Haider-Fresser”, also Kannibalen und besonders aggressiv und irrational. Dieser Metapherngebrauch soll die böse Absicht der Juden und ihre auch unbegründete Wut, die letztlich in Kannibalismus endet, unterstreichen. Die Übertreibung, ein häufiges Mittel vorurteilbehafteten Sprachgebrauchs (vgl. auch Gruber 1991) soll darauf hindeuten, dass die Ablehnung von Haider unbegründet sei. Es wird etwa nicht dargestellt, in dieser Argumentationskette, warum denn Juden Grund hätten, sich vor Haider zu fürchten und warum sie betroffen, gekränkt oder böse wären. Der Metapherngebrauch und die Übertreibung dienen dazu, die Juden als irrationale primitive Kannibalen zu kennzeichnen (zum Metapherngebrauch in diskriminierendem Sprachgebrauch siehe Reisigl und Wodak 2000, Chilton 1998; Goatly 1997; Straehle et al. 1999).

Die Begründung geht weiter: nun wird der “Egoismus” der Juden und ihr “Bedachtsein auf den eigenen Vorteil” ins Spiel gebracht: “lebt es sich wohl um Häuser besser”. Obwohl Juden also gegen Haider seien, verlassen sie das Land nicht, da sie hier reich seien und gut leben würden. Das Stereotyp der “reichen Juden”, die – so könnte man noch weiter interpretieren - in Wohlstand leben und das Land ausnützen, wird aufgegriffen. „Um Häuser besser“ wirkt besonders unzulässig, wenn man bedenkt, dass Tausende Häuser und Wohnungen nach 1938 arisiert wurden und gerade jetzt die Rückforderungsanträge laufen. Ob die Wahl dieser Metapher zufällig ist, mag dahingestellt bleiben. Die Anspielung jedenfalls ist sicherlich für viele verständlich, das müsste jedoch empirisch überprüft werden.

Wo lebt es sich “um Häuser besser”: im “Nazi-Land” der blauen “Schande”. In diesem Satzteil ist die Verwendung der Anführungszeichen charakteristisch. Damit wird Zitatcharakter unterstellt; wir erfahren allerdings nicht, wer dies wo gesagt hat. Und vor

allem erfahren wir nicht, ob österreichische Juden dies gesagt hätten. Die Anführungszeichen können aber auch ironisierende und übertreibende Funktionen besitzen: absurde Behauptungen seien dies also, womit der Duktus des Beginns der Argumentation fortgesetzt wird (Kienpointer). Die Strategie anonymer Unterstellungen, gegen die man sich zur Wehr setzen müsse, wird damit fortgeführt (vgl. Mitten 1992). Es ist zweifellos der Fall, dass in manchen amerikanischen Medien vom Nazi-Land Österreich zu lesen ist, aus Unkenntnis der hiesigen Situation und aus Übertreibung (vgl. Mitten 2000). Diese Behauptungen jedoch den österreichischen Juden anzudichten, setzt ein weiteres Stereotyp in Bewegung: die jüdische Weltverschwörung. Denn Juden weltweit seien daher einer Meinung.

Die Verwendung von "blauer ,Schande" unter Anführungszeichen ist ein Zynismus. "Schande" ist in ganz anderen Diskursen gebraucht worden, die Österreich angegriffen haben, für das bekannte Wahlergebnis. Damit wird ein Graben zwischen den Juden und den anderen aufgemacht; zwischen den FPÖ –Wählern und den Juden. Nicht nur die Tatsache, dass viele anderen ÖsterreicherInnen mit dem Wahlergebnis unzufrieden sind, wird unterschlagen; die Gegner der FPÖ seien also v.a. die Juden. Und dass Juden ÖsterreicherInnen sind, wird überhaupt nicht erwähnt. Vielmehr wird eine Gruppe von "Juden" konstruiert (aufgrund welcher Kriterien?), die Österreich angreifen.

Dies führt m.E. zu einem ganz entscheidenden Punkt: wer sind die Juden? Die Juden in der Kultusgemeinde? Wie werden Juden definiert? Sie werden offensichtlich den Österreichern gegenübergestellt und in Israel beheimatet. Dass hier letztlich nur die Kategorien der Nürnberger Gesetze gemeint sein können, ist offensichtlich, wenn auch nicht ausgesprochen. Damit wird Antisemitismus geschürt.

Der Vergleich zwischen dem "Nazi-Land" und dem "gelobten heil'gen Land" führt diesen konstruierten Gegensatz weiter. Hier wird unterstellt, dass die genannten Juden Israel Österreich entgegensetzen; weiters dass es in Israel besser sei. In zynischer und ironisierender Weise wird biblische Sprache verwendet "gelobtes heiliges Land". In diesem Zusammenhang wird ebenfalls unterstellt, dass Juden nur dorthin auswandern wollen. Auch da wird keine Quelle angegeben.

Zusammengefasst kann also Folgendes herausgestrichen werden:

Es wird eine Reihe von Strategien verwendet, die Ausgrenzung und Vorurteil produzieren: Kontrast; Schwarz-Weiss Malerei; Übertreibung; Ironisierung; Verharmlosung; Verzerrung; Metaphorisierung; Anspielungen; Argumentation gegen nicht bewiesene Behauptungen ("Strohmann-Prinzip");.

Weiters werden eine Reihe von antisemitischen Stereotypen angesprochen: Emigration der Reichen; Habgier; Egoismus; Irrationalität; Weltverschwörung; Hass; und letztlich Kannibalismus und Primitivität. Eine solche Kombination von ganz unterschiedlichen Stereotypen weist auf den synkretischen Charakter des antisemitischen Sprachgebrauchs hin (vgl. Mitten 1999).

Letztlich wird ein Kontrast zwischen Österreichern und Juden diskursiv konstruiert. Die Kriterien dafür bleiben ungenannt, jedoch implizit eruierbar! Es kann sich nur um rassistische Kriterien handeln.

Bibliographie:

Goatly, Andrew, 1997, The Language of Metaphors. Routledge. London".

Beweis: Ruth Wodak, Forschungsschwerpunkt "Diskurs, Politik, Identität", Österreichische Akademie der Wissenschaften, Gutachten "In den Wind gereimt" von Wolf Martin, Kronenzeitung 16.2.2000

Schließlich sei ein weiterer Höhepunkt eines "sekundären Antisemitismus" erwähnt, dessen sich Wolf Martin in einem Gedicht in der "Neue Kronen-Zeitung" vom 18.11.1999 bediente:

In den Wind gereimt

*"Antifaschisten" gerne lügen,
und zwar dass sich die Balken biegen.
Auch weiß man, dass sie Fälscher sind
und auf dem linken Auge blind.
Bekämpfend wahnhaft, was vermeintlich
antisemitisch, fremdenfeindlich,
rassistisch oder gar nazistisch,
sind sie zunehmend linksfaschistisch.
Jahrzehntelang, dies sei erwogen,
ward unser Volk durch sie "erzogen".
Es scheint, dass dies nun vielen dämmert,
denn dieses Land ist nicht belämmert.
Und was in Schülerhirnen sitzt,
wird auch noch einmal ausgeschwitzt.*

Das Gedicht beginnt mit einer hetzerischen Behauptung, die durch nichts belegt wird: Antifaschisten "lügen gerne". Damit wird gleich der innere Bezug zur sogenannten "Ausschwitzlüge" hergestellt, die von Revisionisten und Neonazis behauptet wird, nämlich dass in Auschwitz gar keine Gaskammern gestanden, daher auch keine 1,5 Millionen Juden allein dort vergast werden konnten usw. Darauf folgt der Vorwurf des Fälschertums, der sich offensichtlich auf einige Fotos in der sogenannten Wehrmachtsausstellung in ihrer ersten Form bezieht, die falsch zugeordnet wurden. Der Vorwurf der Fälschung wurde in der wissenschaftlichen Diskussion nie erhoben, sondern, schlimm genug, der der wissenschaftlichen Oberflächlichkeit. In ihrer Substanz blieb die Wehrmachtsausstellung jedoch wissenschaftlich unangreifbar.

Darauf folgt die Unterstellung, alles, was die "Anti-Faschisten" kritisierten, sei "vermeintlich antisemitisch, fremdenfeindlich, rassistisch oder gar nazistisch", womit der Boden bereitet wird für die Hoffnung, die "Umerziehung" (zu Demokratie und Menschenrechten) werde nun wieder rückgängig gemacht, und "was in Schülerhirnen sitzt, wird auch noch einmal ausgeschwitzt".

Das letzte Wort ist entscheidend, nämlich eine klare Anspielung auf Auschwitz . Das ist die Aufforderung, das größte Verbrechen des 20.Jahrhunderts für nichtexistent zu erklären was angesichts der dort ermordeten Juden und der Wortspielerei damit inhaltlich und formal Antisemitismus darstellt.

Beweis: *Krone* vom 18.11.1999

Die Judenvernichtung war neben der Auslösung des Raub- und Vernichtungskrieges in ganz Europa und besonders im Osten das zentrale Ziel Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus. Wie sehr Wolf Martin von Hitler fasziniert ist, zeigt die Tatsache, dass er innerhalb von sieben Jahren zweimal den Geburtstag Adolf Hitlers am 20.April mit Gedichten feierte, die erst im letzten Augenblick mit einer platten Pointe den Tatbestand der Wiederbetätigung vermeiden:

Am 20. April 1994 erschien folgendes unter "In den Wind gereimt".

In den Wind gereimt

*Ich feiere, wenn man mich läßt,
heut jenes Adolfs Wiegenfest,
der einst in unserm schönen Land
an allererster Stelle stand.
Er war eine Persönlichkeit.
Wir bräuchten ihn in unsrer Zeit.
Er hat die Menschen integriert,
den Staat perfekt repräsentiert.
Die Oberhäupter heutzutage
sind matt dagegen, ohne Frage.
Am Anfang hatte er es schwer,
denn er war revolutionär.
Es brachte ihn sogar in Haft
die reaktionäre Kraft.
Doch ändert in der Politik
oft radikal sich das Geschick.
Es hat in seinen spätern Tagen
seine Partei den Staat getragen.
Er war integer und legal,
ein echtes Vorbild allzumal
und Patriot mit jedem Nerv.
Das war ein Mann, der Doktor Schärf!*

Der Trick dabei ist, die Tatsache dass Adolf Schärf und Adolf Hitler dasselbe Geburtsdatum haben, wobei Hitlers Geburtstag einer bestimmten Generation weitaus präsenter war als der Schärfs, zu einem Loblied auf das "Geburtstagskind" zu nutzen. Jede einzelne der aufgezählten Stationen könnte auch auf Hitler passen und wird vom einigermaßen informierten Leser auch so verstanden, bis Wolf Martin erst im letzten Satz die Kurve zum seinerzeitigen SPÖ-Vorsitzenden und Bundespräsidenten einzuschlagen.

Beweis: *Krone* vom 20.04.1994

Am 20.4.2001 erschien dann wieder eine Hymne auf den "großen Tag":

In den Wind gereimt

*Fürwahr, ein großer Tag ist heut!
Ich hab mich lang auf ihn gefreut.
Es feiern heute Groß und Klein,
zumeist daheim im Kämmerlein,
doch manche auf der Straße auch,
den unverzichtbar schönen Brauch,
bei dem, von Weisen inszeniert,
Gesellschaft zur Gemeinschaft wird.
Ihm seis zur Ehre, uns zum Heil:
"Taxi orange", der II. Teil!*

Dieser Tag, der von den meisten "im stillen Kämmerlein" gefeiert wird, von manchen sogar auf der Straße und wo "Gesellschaft zur Gemeinschaft wird" (Anspielung auf die "Volksgemeinschaft" der

Nazis), ist ein Tag, der "uns zum Heil" sein soll (Anspielung auf den Nazi-Gruß "Sieg Heil"). Aber natürlich ist wieder nicht der Geburtstag Hitlers gemeint, sondern – eine vergleichsweise banale Angelegenheit wie "Taxi Orange II", ein Ereignis, an dem bestimmt nicht die ganze Nation freudig teilnimmt.

Der Schluss liegt nahe, dass Wolf Martin, der in der NS-Zeit höchstens im Kindesalter gestanden sein kann, überdurchschnittlich fasziniert von Hitler und vom Nationalsozialismus ist und immer wieder Gelegenheiten sucht, dieser Faszination auf provokative Weise Ausdruck zu geben.

Beweis: *Krone* vom 20.04.2001

Schließlich scheut sich Wolf Martin nicht, die nationalsozialistische Tötung von behinderten oder "erbkranken" Kindern durch den Wiener Primarius Gross am "Spiegelgrund" zu verharmlosen:

In den Wind gereimt

*Ein Greis steht auf den Abschußlisten
korrekter Tugendterroristen.
Um Leben soll es dabei gehen,
das einst als unwert angesehen.
Er hat nach dem Gesetz gehandelt,
das mittlerweile sich gewandelt.
Doch frag ich jene strengen Leute:
Ist denn nicht andererseits auch heute,
als Frucht "fortschrittlichen" Bestrebens,
legal die Tötung manchen Lebens?
Des Lebens, recht- und würdelos,
sofern es noch im Mutterschoß!*

Primarius Gross stand zum Zeitpunkt der Abfassung des Gedichts wegen Mordes vor Gericht (der Prozess blieb wegen Verhandlungsunfähigkeit offen). Der Vergleich mit der Fristenlösung ist unzulässig, selbst wenn man ein Gegner derselben ist.

Beweis: *Krone* vom 11.02.1998

Vor diesem Hintergrund der Beurteilung des Nationalsozialismus sind auch die antisemitischen Töne in seinen Versen einzuschätzen.

B) Die *Krone* verbreitet rassistische (Unter-)Töne

Vorausgeschickt sei, dass die jüngere anthropologische Forschung international von dem Begriff "Rasse" und "Rassen" abgekommen ist, soweit damit eine "weiße", "schwarze", "gelbe" oder auch jüdische Rasse gemeint ist.

Auf der Unesco-Konferenz im Juni 1995 in Stadtschlaining, die unter der Leitung des Wiener Humanbiologen Univ.Prof. Horst Seidler stattfand, veröffentlichten internationale Wissenschaftler (Anthropologen, Genetiker usw.) die folgende Erklärung:

Die Revolution in unserem Denken über Populationsgenetik und molekulare Genetik hat zu einer Explosion des Wissens über Lebewesen geführt. Zu den Vorstellungen, die sich tiefgreifend gewandelt haben, gehören die Konzepte zur Variation des Menschen. Das Konzept der »Rasse«, das aus der Vergangenheit in das 20. Jahrhundert übernommen wurde, ist völlig obsolet geworden. Dessen ungeachtet ist dieses Konzept dazu benutzt worden, gänzlich unannehmbare Verletzungen der Menschenrechte zu rechtfertigen. Ein wichtiger Schritt, einem solchen Mißbrauch genetischer Argumente vorzubeugen, besteht darin, das überholte Konzept der »Rasse« durch Vorstellungen und Schlussfolgerungen zu ersetzen, die auf einem gültigen Verständnis genetischer Variation beruhen, das für menschliche Populationen angemessen ist.

»Rassen« des Menschen werden traditionell als genetisch einheitlich, aber untereinander verschieden angesehen. Diese Definition wurde entwickelt, um menschliche Vielfalt zu beschreiben, wie sie beispielsweise mit verschiedenen geographischen Orten verbunden ist. Neue, auf den Methoden der molekularen Genetik und mathematischen Modellen der Populationsgenetik beruhende Fortschritte der modernen Biologie zeigen jedoch, dass diese Definition völlig unangemessen ist. Die neuen wissenschaftlichen Befunde stützen nicht die frühere Auffassung, dass menschliche Populationen in getrennte »Rassen« wie »Afrikaner«, »Eurasier« (einschließlich »eingeborener Amerikaner«), oder irgendeine größere Anzahl von Untergruppen klassifiziert werden könnten. Im einzelnen können zwischen den menschlichen Populationen, einschließlich kleineren Gruppen, genetische Unterschiede festgestellt werden. Diese Unterschiede vergrößern sich im allgemeinen mit der geographischen Entfernung, doch die grundlegende genetische Variation zwischen Populationen ist viel weniger ausgeprägt. Das bedeutet, dass die genetische Diversität beim Menschen gleitend ist und keine größere Diskontinuität zwischen den Populationen anzeigt. Befunde, die diese Schlussfolgerungen stützen, widersprechen der traditionellen Klassifikation in »Rassen« und machen jedes typologische Vorgehen völlig unangemessen. Darüber hinaus hat die Analyse von Genen, die in verschiedenen Versionen (Allelen) auftreten, gezeigt, dass die genetische Variation zwischen den Individuen innerhalb jeder Gruppe groß ist, während im Vergleich dazu die Variation zwischen den Gruppen verhältnismäßig klein ist. Es ist leicht, zwischen Menschen aus verschiedenen Teilen der Erde Unterschiede in der äußeren Erscheinung (Hautfarbe, Morphologie des Körpers und des Gesichts, Pigmentierung etc.) zu erkennen, aber die zugrundeliegende genetische Variation selbst ist viel weniger ausgeprägt. Obwohl es angesichts der auffälligen genetisch determinierten morphologischen Unterschiede paradox erscheint, sind die genetischen Variationen in den zugrundeliegenden physiologischen Eigenschaften und Funktionen sehr gering, wenn Populationsdurchschnitte betrachtet werden. Mit anderen Worten: Die Wahrnehmung von morphologischen Unterschieden kann uns irrtümlicherweise verleiten, von diesen auf wesentliche genetische Unterschiede zu schließen. Befunde deuten darauf hin, dass es im Verlauf der Evolution des modernen Menschen relativ wenig Veränderungen in der genetischen Grundausstattung der Populationen gegeben hat. Die molekularen Analysen von Genen legen außerdem sehr nahe, dass der moderne Mensch sich erst vor kurzer Zeit in die bewohnbaren Gebiete der Erde ausgebreitet hat und in diesem Prozeß während einer relativ kurzen Zeitspanne an sehr unterschiedliche und zuweilen extreme Umweltbedingungen angepaßt worden ist (z. B. an rauhes Klima). Die Notwendigkeit der Anpassung an extreme unterschiedliche Umweltbedingungen hat nur in einer kleineren Untergruppe von Genen, die die Empfindlichkeit gegenüber Umweltfaktoren betrifft, Veränderungen bewirkt. Es ist wert zu erwähnen, dass die Anpassungen als Antwort auf Umweltbedingungen größtenteils historisch zu verstehen sind und keine Konsequenzen für das Leben in der modernen Zivilisation haben. Nichtsdestoweniger werden sie von einigen so ausgelegt, als spiegelten sie Unterschiede zwischen Menschengruppen wider, wodurch sie zum Konzept der »Rassen« beitragen. Nach wissenschaftlichem Verständnis ist die Einteilung von Menschen anhand der Verteilung von genetisch determinierten Faktoren daher einseitig und fördert das Hervorbringen endloser Listen von willkürlichen und mißleitenden sozialen Wahrnehmungen und Vorstellungen. Darüber hinaus gibt es keine überzeugenden Belege für »rassistische« Verschiedenheit hinsichtlich Intelligenz,

emotionaler, motivationaler oder anderer psychologischer und das Verhalten betreffender Eigenschaften, die unabhängig von kulturellen Faktoren sind. Es ist allgemein bekannt, dass bestimmte genetisch bedingte Merkmale, die in einer Lebenssituation nützlich sind, in einer anderen nachteilig sein können. Rassismus ist der Glaube, dass menschliche Populationen sich in genetisch bedingten Merkmalen von sozialem Wert unterscheiden, so dass bestimmte Gruppen gegenüber anderen höherwertig oder minderwertig sind. Es gibt keinen überzeugenden wissenschaftlichen Beleg, mit dem dieser Glaube gestützt werden könnte. Mit diesem Dokument wird nachdrücklich erklärt, dass es keinen wissenschaftlich zuverlässigen Weg gibt, die menschliche Vielfalt mit den starren Begriffen »rassischer« Kategorien oder dem traditionellen »Rassen«-Konzept zu charakterisieren.

Es gibt keinen wissenschaftlichen Grund, den Begriff »Rasse« weiterhin zu verwenden.

1997 wurde der sogenannte "Rassensaal" im Naturhistorischen Museum in Wien geschlossen. Dort wurde dargestellt, nach welchen scheinbar wissenschaftlichen Kriterien, die Unterteilung (und Hierarchisierung) der Menschheit nach Rassen vollzogen wurde.

Die Unesco-Deklaration lieferte auch eine gültige Definition von "Rassismus": "Rassismus ist der Glaube, dass menschliche Populationen sich in genetisch bedingten Merkmalen von sozialem Wert unterscheiden, so dass bestimmte Gruppen gegenüber anderen höherwertig oder minderwertig sind. Es gibt keinen überzeugenden wissenschaftlichen Beleg, mit dem dieser Glaube gestützt werden könnte".

Dennoch gibt es natürlich weiterhin den aufrechten Begriff des "Rassismus", wenn nämlich auf Unterschiede zwischen Menschen unter Bezug auf ihre geographische oder abstammungsmäßige Herkunft abwertend und hetzerisch geurteilt wird.

Obwohl also zumindest ab 1995 der Begriff "Rasse" als wissenschaftlich äußerst fragwürdig gelten musste, beharrten und beharren die beiden Haupt-Meinungsträger der *Krone*, die praktisch täglich über ihre prominent platzierten Meinungselemente verfügen, nämlich "Staberl" und "Wolf Martin" in ständiger Wiederholung darauf, dass es erlaubt sein müsse, auf die Unterschiede der Rassen, besonders der "Neger", aber auch anderer Völker der sogenannten Entwicklungsländer hinzuweisen und man deshalb noch lange kein Rassist sei, wenn man dies tue - selbst in einem kaum verhüllten abwertenden Sinn.

Auffällig ist dabei die Intensität, mit der sich die beiden Autoren mit dem "Rassen"-Thema beschäftigen, jedenfalls intensiver und häufiger als die Kommentatoren anderer Medien. Es scheint hier eine Art ‚Obsession‘ vorzuliegen.

Analog zum "sekundären Antisemitismus" lässt sich hier als verwendete Methode auch ein "sekundärer Rassismus" feststellen – es wird mit Anspielungen und Andeutungen gearbeitet, die der einschlägig disponierte Leser schon verstehen muss und die aber andererseits dem (relativ) unvoreingenommenen Leser suggerieren, hier werde zwar "die Wahrheit" über bestimmte Bevölkerungsgruppen gesagt, aber man könne das eben nur andeuten.

Dabei schimmert bei beiden Autoren in jedem der einschlägigen Beiträge eine Verhöhnung der entsprechenden Bevölkerungen durch, allerdings unter ständiger Beteuerung, man werde sich

hüten, Vorurteile zu verbreiten, zu bestärken oder sonst wie gegen die "political correctness" zu verstoßen. Dabei geschieht aber genau das.

Staberl:

Schon vor den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Thema "Rasse" ist auffällig, wie sehr sich Staberl, aber auch Wolf Martin mit Themen dieser Art beschäftigen. Staberl macht dabei sogar aufwendige argumentative Umwege oder plötzliche thematische Schlenker mitten in einer Kolumne, um seiner offenbaren Obsession fröhnen zu können.

Am 22. Oktober 1990 beschäftigte er sich in seiner Kolumne mit den Meinungsforschern, die sich bei der vorangegangenen Wahl gründlich geirrt hätten. Selbst bei diesem theoretisch rein sachlich zu behandelnden Thema konnte es der Autor nicht unterdrücken, eine zugleich rassistische und frauenfeindliche Bemerkung einzubauen:

"Unter den vielen Zuwanderern aus Rumänien werden doch wohl auch ein paar bakschierliche Zigeunerinnen sein, die aus den Lebenslinien der Politikerpratzen die politischen Zukunftsperspektiven deuten könnten".

Staberl verwendet hier zunächst einen unsauberen Begriff, denn 1990 konnte von "Zuwanderern", also von Menschen, die sich auf Dauer hier neiderlassen, keine Rede sein. Nach dem Sturz des Ceausecu-Regimes gab es lediglich eine Reihe von Flüchtlingen, die aber keinen dauerhaften Aufenthalt nahmen. Klar rassistisch ist jedoch der Verweis auf "Zigeunerinnen", die man ja statt der Meinungsforscher für billige Wahrsagerdienste heranziehen könne. Es gab keinen Anlaß, in einem Kommentar zu Problemen der Meinungsforschung auf Zigeunerinnen Bezug zu nehmen, noch dazu auf "bakschierliche". Der Wiener Dialektausdruck steht für "hübsch" und der Kontext deutet an, man könne die Zigeunerinnen gleich auch für sexuelle Dienste einsetzen.

Beweis: Krone vom 22.10.1990

Eine Kolumne vom 7.8.1996 beschäftigt sich eigentlich mit der Dominanz der US-Politik auf Europa. Staberl leitet jedoch mit dem Hinweis auf "das massenweise Abschlachten der Hutu durch die Tutsi – oder heißt's Hutsu und Tuti ?" ein. Damit wird eine Tragödie, bei der hunderttausende Menschen eines Volksstammes in Ruanda tatsächlich abgeschlachtet wurden, ins Lächerliche gezogen, indem Staberl Spiele mit afrikanischen Stammesnamen treibt.

Schon das ist klar rassistisch, nämlich eine abwertende, verhöhnende Betrachtungsweise eines schrecklichen Vorganges unter Angehörigen der schwarzafrikanischen Bevölkerung. Daran schließt sich mit einem neckischen "wer weiß" die Insinuation, vielleicht gehöre die "Ausrottung ganzer Völkerstämme in diesen Teilen der Welt so ähnlich zur harmlosen Folklore wie etwa in unseren äplerischen Gegenden das Schuhplatteln".

Wohl wissend, aber geflissentlich unterdrückend, dass in Europa und auch in Österreich noch vor wenigen Jahrzehnten Völkermord weitaus zielgerichteter und effektiver betrieben wurde, unterstellt Staberl, dass in Afrika solche Massaker so üblich seien wie eben "äplerisches Schuhplatteln".

Staberl stellt zwischendurch die schein-naive Frage, warum denn hier niemand von "Rassismus" und "Völkermord" spreche. Diese Behauptung ist einfach falsch. In zahlreichen Medienberichten und Äußerungen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden diese Begriffe sehr wohl

verwendet und die UN haben schließlich 1994 parallel zum Tribunal in Den Haag über die Kriegsverbrechen in Jugoslawien eines für die Kriegsverbrechen in Ruanda errichtet, dessen Aufgabe es ist, "Personen zu verfolgen, die für Völkermord und andere schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind" (Statur).

Die Insinuation Staberls, wenn Schwarzafrikaner Genozid begingen, so rege das niemand auf, hat selbstverständlich eine Rückbezüglichkeit darauf, dass angeblich nur die Deutschen und Österreicher oder die Weißen überhaupt für solche Verbrechen verfolgt würden und ist damit auch in diesem Aspekt klar rassistisch.

Beweis: Krone vom 07.08.1996

Besonders intensiv beschäftigt sich Staberl mit der Frage, ob man bestimmten Personengruppen, Bezeichnungen geben darf, die diese selbst nicht wollen, wie z.B. "Neger": In einer Kolumne vom 4.11.2000 heißt es:

Staberl

Novitäten aus dem Tollhaus

Dass man nicht "Neger" sagen darf, weiß man schon lang. Von einem, der dieses Vokabel verwendet, ists ja nimmer weit zum Alt- oder Neonazi und von dort wiederum nur ein kleiner Hupfer hin zum Antisemiten.

Leider ist der Ächtung des Wortes "Neger" nie eine einleuchtende Begründung mitgeliefert worden. Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch galt dieser Begriff überhaupt nicht als böse. Eine Bezeichnung als Neger war, wie man so schön zu sagen pflegt, wertfrei. Man konnte sich gute oder böse Neger ebenso vorstellen wie gute oder böse Europäer, Chinesen, Araber, Fidschi-Insulaner, Indianer oder Eskimos.

Doch halt hier! Der Eskimo steht ja auch schon auf dem Index. Er hat jetzt "Inuit" zu heißen; warum, weiß auch kein Mensch. Wir wollen uns aber nicht in Details verlieren und daher sofort wieder zum wertfreien Begriff des einstigen Negers zurückkehren. In Amerika, wo es so viele von ihnen gibt, galt das Vokabel "nigro" ebenfalls die längste Zeit nicht als abträglich. Schlimm war nur das aus den Südstaaten kommende Schimpfwort "nigger", aber das hat ja ein anständiger Mensch auch vor der Erfindung der Political Correctness nicht in den Mund genommen.

Wie hat man also zu sagen? In Amerika "Afroamerikaner". bei uns "Schwarzer". Damit haben wir Österreicher allerdings gewisse Schwierigkeiten, ist doch der Begriff "Schwarzer" schon anderweitig besetzt. Der Bundeskanzler Schüssel zum Beispiel ist zwar ein Schwarzer, aber deswegen noch lang kein Neger. Neger ist nach der Schulden- und Lotterwirtschaft dreier Jahrzehnte höchstens der Finanzminister Grasser, diesmal allerdings mit einem kleinen "n" geschrieben. Dabei weiß man aber nicht, ob solche linguistisch-folkloristischen Feinheiten nicht wiederum nach der neuen deutschen Rechtschreibung verboten sind. Bei diesem Machwerk kenne ich mich aber nicht so gut aus; und dies sogar vorsätzlich.

Haben wir aber vorhin nicht auch den Indianer erwähnt? Rätselhaft, dass man den noch so nennen darf. Aber vielleicht kommts daher, dass die Vorfahren

der Indianer von den weißen Er-oberern Amerikas niedergemetzelt, die Vorfahren der Neger hingegen lediglich in Afrika zusammengetrieben, in Ketten gelegt und versklavt worden sind.

Damit aber zum Schluss sogar derart grauslichen Geschichten eine milde Heiterkeit auf dem Fuß folgen kann, wenden wir unsere Blicke jetzt zurück über den Atlantik nach England, wo neulich in einer großen Umfrage zwei Drittel der Bürger gemeint hatten, dass es im Land zu viele Asylanten gebe, die überdies auch noch zu viel Geld aus dem Steuertopf bezögen. Pfui!

Drum hat jetzt eine für die Rechte der Asylanten kämpfende englische Hilfsorganisation eine Studie verfassen lassen, in der die Abschaffung des Wortes "britisch" gefordert wird. Dieser Begriff wecke doch bei den Einwanderern von heute schmerzliche Erinnerungen an die Unterdrückung ihrer Vorfahren in der britischen Kolonialzeit.

Man darf sich angesichts solcher Novitäten in ein Tollhaus versetzt fühlen.

Tatsächlich ist es wohl das Recht jeder Bevölkerungsgruppe, nicht mit Bezeichnungen belegt zu werden, die sie als abwertend empfindet. Nicht jeder Österreicher hat es gern, in Deutschland als "Ösi" zu gelten. Es legen besonders die Amerikaner afro-amerikanischer Abstammung seit langem Wert darauf, nicht als "Negroes" (bei Staberl: "Nigro") bezeichnet zu werden. Staberl macht sich darüber lustig und zieht irrelevante und platte Vergleiche mit dem "schwarzen" Schüssel und dem Finanzminister, der nach einem Wiener Dialektwort "neger" sei. Die Würde einer Menschengruppe ("Rasse") wird damit herabgesetzt.

Beweis: Krone vom 04.11.2000

Am 17.7.2000 philosophiert Staberl über die Seuche Aids:

Staberl

Wenig human, aber wirksam

Die Vereinigten Staaten, so belehren uns die Statistiker, haben bis heute bei Verkehrsunfällen mehr Menschenleben verloren als in allen Kriegen ihrer Geschichte; Unabhängigkeitskrieg, zwei Weltkriege und Vietnam durchaus inbegriffen.

Auf die ganze Welt und ihre seit etwa 6000 Jahren überlieferte Geschichte bezogen, gibt es eine ähnlich unglaubliche statistische Angabe. Die großen Seuchen vergangener Jahrhunderte haben mehr Menschenleben gefordert als alle Kriege dieser Welt zusammengenommen! An Cholera, Syphilis, Malaria, den in früheren Zeiten keineswegs harmlosen Masern und vor allem an der Pest sind mehr Menschen gestorben als in den im Lauf der Zeiten doch wahrhaftig nicht seltenen Kriegen. Nachdem etwa der "schwarze Tod" im 14. Jahrhundert über Europa hinweggezogen ist, war die Bevölkerungszahl unseres Kontinents auf die Hälfte reduziert. Ähnlich effizient haben nicht einmal der große Alexander, Cäsar, Napoleon, Hitler und ähnliche Menschenschlächter agiert.

Manche Beobachter haben in den großen Seuchen eine Strafe Gottes für die Verderbtheit der Erdenbewohner gesehen. Wem solcher Mystizismus fremd

ist, mag heutzutage die großen Seuchen der Vergangenheit aber auch als ein probates, wenngleich nicht sehr humanes Mittel der Natur ansehen, um der allergrößten Bedrohung zu steuern, der sich die Menschheit heute ausgesetzt sieht: der vielzitierten Bevölkerungsexplosion also.

Die großen Epidemien haben wir mit den Errungenschaften unserer Medizin ausgerottet. Leider ist die menschliche Weisheit nicht im ähnlichen Ausmaß gewachsen wie der medizinische Fortschritt. Sonst wäre die Menschheit längst auf vernünftige Mittel und Wege verfallen, um die Bevölkerungszahl unseres Planeten auch ohne Seuchen auf jenem Stand zu halten, der die Existenz des Menschen für alle Zukunft gesichert hätte.

Jetzt aber haben wir von der 13. Welt-AIDS-Konferenz, die eben im südafrikanischen Durban tagt, erfahren, dass die Immunschwäche-Krankheit AIDS in weiten Gebieten des afrikanischen Kontinents bereits einen größeren Prozentsatz an Todesopfern verursacht hat als seinerzeit die Pest im Europa des 14. Jahrhunderts. "Ganzen Landstrichen Afrikas südlich des Äquators", erfahren wir da, "droht die Ausrottung". Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen liegt in diesen Gebieten nur noch bei 41 Jahren - gegenüber 70 Jahren noch zu Beginn der neunziger Jahre.

AIDS, so versichern uns die Experten, sei ursprünglich von gewissen Affenstämmen auf die Menschen übergegangen. Auch hier eine gespenstische Parallele, weiß man doch heute, dass die Pest einstens wiederum von gewissen Nagetieren, insbesondere Ratten und Murmeltieren, auf Menschen übertragen worden ist.

In Afrika wuchs vor dem Auftreten der zeitgenössischen Seuche AIDS die Bevölkerung am bedrohlichsten. Mystiker könnten abermals Recht haben. Schon wieder hilft sich die Natur - manche argwöhnen auch einen rächenden Gott - auf wenig humane, aber jedenfalls sehr wirksame Weise selber.

Staberl erwähnt, dass Aids beinahe sicher von Afrika ihren Ausgang genommen hat und nach Meinung von Experten von Affen übertragen wurden. Um dem Vorwurf zu entgehen, eine Gedankenkette "Aids, Affen, Schwarze, Weiße" zu konstruieren, erwähnt er die Übertragung der Pest im europäischen Mittelalter durch die Ratten.

Dann aber postuliert er, vor dem Auftreten der Seuche habe es in Afrika eine Überbevölkerung gegeben, das Bevölkerungswachstum sei dort "am bedrohlichsten" und Aids sei sozusagen das Korrektiv der Natur. Abgesehen davon, dass der Bevölkerungszuwachs nur unter dem Gesichtspunkt als "bedrohlich" empfunden werden kann, wenn man geopolitischen Phantasien anhängt und dass der Hunger in Afrika nicht eine Frage des Bevölkerungsüberschusses, sondern der ineffizienten Verteilung von Ressourcen ist, wird somit Aids, von dem alle Menschen betroffen sein können, als sozial-darwinistische "Selbsthilfe" der "Natur" oder gar eines "rächenden Gottes" (Rache wofür ?) gegen die Fruchtbarkeit der Schwarzafrikaner in den Raum gestellt. Das ist rassistisch.

Beweis: Krone vom 17.07.2000

In einer Kolumne vom 17.5. 2000 verknüpft Staberl die Entschädigungsforderungen der Opfer des Nationalsozialismus mit den afrikanischen Drogendealern und behauptet, es gelte schon als

Rassismus, wenn die Polizei letztere verfolge:

Staberl

Versöhnung mit Rekordverspätung

Oft genug findet man in den Kuriosaspalten der Zeitungen Meldungen über abenteuerliche Verspätungen bei Bahn und Post. Während aber die Züge allenfalls ein paar Stunden zu spät ankommen und es höchstens dann einmal auf halbe Tage bringen, wenn in Italien die Eisenbahner im Schweiß ihres Angesichts gerade Dienst nach Vorschrift tun, kann die Post eventuell mit zünftlerischen Stolz auf Briefe hinweisen, die, wenn überhaupt, den Adressaten erst nach Jahren erreichen. Erst kürzlich konnte man etwa lesen, dass ein Feldpostbrief, den ein schottischer Tommy im Ersten Weltkrieg an seine Verlobte geschrieben hat, erst dieser Tage in Glasgow angekommen ist; wobei sich allerdings die Proteste, weil kein Beteiligter mehr am Leben war, in engen Grenzen gehalten haben.

Mit einer durchaus konkurrenzfähigen Rekordverspätung aber können wir derzeit auch in Österreich aufwarten. Eine sogenannte Versöhnungskonferenz zum Zweck der Aussöhnung mit den auf österreichischem, pardon: auf ostmährischem Territorium tätig gewesenen Zwangsarbeitern Hitlers findet soeben mit wohlgezählten 55 Jahren Verspätung in Wien statt. Dabei ist die Parallele zu dem schottischen Feldpostbrief unübersehbar: auch in unserem Fall sind die Beteiligten zumindest in überwiegender Mehrheit schon längst tot.

Unerhörterweise sind aber die notorisch geldgierigen Rechtsvertreter der Zwangsarbeiter zu der Konferenz nicht eingeladen worden. Das hat den berühmten Advokaten Ed Fagan offenbar derart in Harnisch gebracht, dass er die österreichische Regierungsbeauftragte Maria Schaumayer, die sich gemeinsam mit dem amerikanischen Vize-Finanzminister Eizenstat den Konferenzvorsitz teilt, umgehend des "Rassismus" bezichtigt hat.

Der clevere Advokat weiß natürlich um die prompte Wirkung dieses zeitgenössischen Zauberworts. Wenn man nämlich heutzutage jemanden als Rassisten hinstellt, dann erübrigt sich jedwede logische Begründung. Jeder diesbezügliche Versuch führt höchstens dazu, dass der Beschimpfte dann auch noch als rechtsradikaler Neonazi oder dergleichen niedergemacht wird.

So liegt denn auch gleich der arge Tatbestand des Rassismus vor, wenn etwa die Polizei gegen afrikanische Drogenhändler einschreitet oder im weiteren Verlauf gar einen von ihnen abschieben will. Ein Rassist auch, wer die schlichte Meinung vertritt, dass ein Land mit acht Millionen Einwohnern doch unmöglich alle aufnehmen und auf Staatskosten versorgen kann, die da als Asylanten einzureisen wünschen. Da möge sich das österreichische Parlament, das noch vor dem Sommer eine drastische Verschärfung der Strafen für illegale Zuwanderer und ihre Schlepper beschließen soll, gehörig in Acht nehmen!

Der Advokat Fagan aber, der Frau Schaumayer jüngst lediglich als "Großmutter" abqualifiziert und damit so richtig gezeigt hat, welch feiner Mann er doch ist, macht unsere Regierungsbeauftragte derzeit schon mit der Rassismus-Keule nieder.

Solchermaßen eskalieren die Dinge neuerdings in dramatischer Weise".

Hier wird in unzulässiger Weise der Eindruck erweckt, irgendwer bezeichne die polizeilichen

Ermittlungen gegen tatsächlich auftretende afrikanische Drogenhändler schon als Rassismus. Der tatsächliche, von Zeugen belegte, Vorwurf, die Polizei gehe dabei manchmal mit rassistischen Begleittönen vor, wird so weggewischt.

Beweis: *Krone* vom 17.05.2000

Am 21.4.2000 beschäftigt sich Staberl mit der Drangsalierung und gewaltsamen Enteignung weißer Siedler in Zimbabwe. Dass dieser Staat eine Quasi-Diktatur ist (die nicht nur die weißen Bürger unterdrückt), bleibt dabei unerwähnt. Herausgestrichen wird nur das Vorgehen von Mugabe gegen die Weißen:

Staberl

Rassismus? Keine Spur!

Redet da jemand von Rassismus? Gehen die linken Marschierer mit fernsehgerechten Spruchbändern massenhaft auf die Straßen? Ertönt das Geschepper der an Schnürln aufgereihten leeren Konservendosen gewissermaßen als Kontrapunkt zum Stakkato der Kochlöffel-Schläge auf die Eierspeisreindln? Ist vielleicht gar schon die internationale Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit alarmiert worden?

Das alles nicht. Es sind ja nur weiße Farmer im weit entfernten Simbabwe, die in diesen Tagen vom schwarzen Mob reihenweise aus ihren Anwesen vertrieben und, wenn sie nicht auf der Stelle alles liegen und stehen lassen, nach traditionell afrikanischer Sitte erbarmungslos massakriert werden.

So etwas ist natürlich nach linksfortschrittlich multikultureller Definition gar kein Rassismus; laut politisch korrekter Ausdrucksweise sind vielmehr nur die letzten Gefechte der unterdrückten Afrikaner gegen die weißen Kolonialherren im Gang. Von Rassismus ist ja nur dann die Rede, wenn schwarzafrikanische Drogenhändler von weißen Polizisten arretiert und am Ende, Marx bewahre, vielleicht gar nach Afrika abgeschoben werden.

Im Interesse der Wahrheit möge freilich vermerkt werden, dass sich in diesem Simbabwe, früher Rhodesien, offenbar noch einige Relikte rechtsstaatlicher Prinzipien erhalten haben. Sonst hätte ja ein so genannter Oberster Gerichtshof in diesem Land nicht in aller Form befinden können, dass weder die Vertreibung und schon gar nicht die Abschachtung weißer Farmer rechtens seien. Der Spruch eines afrikanischen Gerichts ist aber wohl kaum das Papier wert, auf das er geschrieben wird. Da hat sich sogar der oberste Häuptling von Simbabwe, ein gewisser Robert Mugabe, ganz ungeniert vor die schwarzen Plünderer, Räuber und Mörder gestellt, die jetzt die noch im Land verbliebenen weißen Farmer endlich einer afrikanischen Endlösung zuführen wollen. Mugabe steht nämlich vor Wahlen und braucht Stimmen. Sentimentalitäten wie rechtsstaatliche Erwägungen oder der Schutz des Lebens von Weißen haben da zurückzustehen.

Dabei war Robert Mugabe zur Zeit des Übergangs von der britischen Kolonie Rhodesien zum schwarzafrikanischen Nationalstaat Simbabwe noch einer der wenigen neuen schwarzafrikanischen Volksbefreier von selbsternannten Gnaden, die damals erkannt haben, wie bitter nötig die weißen Agrarier und Unternehmer gebraucht würden. Mugabe hat sich damals ausdrücklich für den Verbleib der Weißen im Land stark gemacht. Das hat ihn in den Augen so manch weißer Linksmarschierer arg in Verruf gebracht. Ein schwarzer

Präsident, der mit den Weißen zusammenarbeiten will - nein danke! So konnte man damals vernehmen. Gefragt waren nach Auffassung der linken Jungjakobiner, denen der revolutionäre Überschwang längst schon allen Verstand geraubt hatte, lediglich schwarze Potentaten, die den Restbeständen des kolonialen Klasse- und Rassefeindes nach neuafrikanischem Ritual möglichst schnell die Kehlen durchschneiden würden.

Das Ergebnis liegt nun vor”.

Unabhängig davon, dass Mugabe tatsächlich schwere Rechtsverletzungen begangen hat und es dagegen sehr wohl Proteste (vor allem in Großbritannien) gab, ist festzuhalten, dass keineswegs “nach traditionell afrikanischer Sitte” die weißen “massakriert” wurden. Es gab Gewalttate und einzelne Morde, aber keine Massaker, also auch keine “afrikanische Endlösung” (Anspielung auf die “Endlösung der Judenfrage”)

Der Satz “Der Spruch eines afrikanischen Gerichts ist aber wohl kaum das Papier wert, auf das er geschrieben wird.” ist in dieser Verallgemeinerung unhaltbar und rassistisch.

Beweis: Krone vom 17.05.2000

Am 5.4.2000 lieferte Staberl eine Zusammenstellung der Zustände auf dem afrikanischen Kontinent, die im Wesentlichen auf Fakten basiert:

Staberl

Der Verbleib von 5000 Milliarden

5000 Milliarden Schilling!

Eine solche Summe ist weit jenseits dessen angesiedelt, was der Vorstellungskraft selbst jener Leute zugänglich ist, die einst zur Freude ihrer Eltern in Mathematik jederzeit ihren Einser nach Hause gebracht haben.

Fünftausend Milliarden aber sind die afrikanischen Staaten derzeit schon ihren diversen Gläubigern schuldig. So haben wir es bei dem eben in Kairo über die Bühne gegangenen Gipfeltreffen der EU mit den Afrikanern vernommen. Es war dies übrigens eine Zusammenkunft, die weitgehend erfolglos geblieben ist; was man auch ohne prophetische Gaben leicht vorhersagen konnte.

Wie konnte es zu einem so astronomischen Schuldenberg kommen? Wieso sind da immer neue Kredite nach Afrika geflossen, obwohl die früheren nicht einmal ansatzweise zurückgezahlt worden sind? Und was ist dann mit dem vielen Geld überhaupt geschehen?

Darüber wird, weil das Interesse des Nachrichtenpublikums schon reichlich abgestumpft ist, kaum mehr berichtet. Die Mitteilung, dass die weitaus meisten afrikanischen Staaten von korrupten Gaunern regiert werden, die nur darauf aus sind, ihre eigenen Taschen zu füllen, ist nur noch von geringem Nachrichtenwert. Längst nicht mehr interessant auch, dass in weiten Teilen Afrikas unter Einsatz gewaltiger Waffenarsenale nicht nur blutige Bürgerkriege, sondern auch regelrechte Waffengänge zwischen den Staaten wüten. Kongo, Angola, Namibia, Uganda, Ruanda, Burundi oder Simbabwe führen Feldzüge gegeneinander, die von fachkundigen Beobachtern bereits

mit dem Ersten Weltkrieg in Europa verglichen werden. Der Zweite steht wohl noch aus.

Anderswo gehen mörderische Hungersnöte um; ein Tatbestand, den die internationalen Fernsehanstalten gern zum Anlass nehmen, einem freilich auch hier schon abgestumpften Publikum wieder einmal bis zum Skelett abgemagerte, aber mit aufgedunsenen Hungerbäuchen versehene Kinder zu zeigen. So mancher überweist dann anderntags seine Spende, um sich nach dem aus Liniengründen möglichst kalorienarm zusammengestellten Abendessen mit dem beruhigenden Gefühl ins Bett zu legen, das Seinige zur Lösung des afrikanischen Problems beigesteuert zu haben.

Der Zufall wollte es, dass im Fernsehen gleich nach den Meldungen vom EU-Gipfel in Kairo und nach der Mitteilung über die 5000 Milliarden Gesamtschulden der Afrikaner auch noch ein ausführlicher Bericht aus dem Sudan auf dem Programm stand. In diesem riesigen afrikanischen Land wütet ja schon seit Jahrzehnten ein Ausrottungskrieg der moslemischen Oberschicht im Norden gegen die christlichen Negervölker im Süden. Auch in diesem Fernsehprogramm fehlten die als Zwischenschnitte gebrachten ausgemergelten Kinder nicht, doch im Hauptteil des Bildberichts durften wir kriegerische Aufmärsche mit allen Arten von modernen Massenvernichtungswaffen bewundern: von Maschinenpistolen über Granatwerfer und Geschütze bis zu ganzen Panzerverbänden.

Jäh begriff man da, wo Afrikas 5000 Milliarden Schulden verblieben sein mochten!

Unerörtert bleiben dabei die objektiven Ursachen dieser Probleme, unter anderem der Kolonialismus, die Stellvertreterkriege der Supermächte auf afrikanischem Boden (Angola, Kongo usw.). Unerwähnt bleibt aber auch, dass es kriegführende und korrupte Diktaturen überall in der Dritten Welt gegeben hat, bzw. noch gibt. Die politische und wirtschaftliche Rückständigkeit der Afrikaner ist ein Faktum, für das sie zu einem großen Teil selbst verantwortlich sind, ebenfalls. Aber der Artikel suggeriert, Afrika wäre auf Grund der Natur seiner Bewohner ein hoffnungsloser Kontinent.

Beweis: Krone vom 05.04.2000

Am 26.9.1999 beschäftigt sich Staberl wieder mit der angeblichen Gleichheit aller Völker, wobei er erwähnt, dass man "Rassen" gar nicht mehr sagen dürfe:

Staberl

Darf der Japaner ein Chines sein?

Der Sommer ist vorbei, die Temperaturen fallen, die Touristen ziehen sich vom Wiener Stephansplatz, vom Grätzel ums Goldene Dachl von Innsbruck und artverwandten Örtlichkeiten schön langsam zurück. An den Kärntner Seen wird den Gästen allmählich schon das Wasser zu kalt, sehr zum Unterschied vom Salzkammergut, mit seinen auch im Sommer stets kalten Gewässern. So mancher Eingeborene ist mit dem Lauf der Dinge ganz zufrieden: er ist jetzt wieder Alleinherrscher auf seinem Territorium.

Aber eben noch zur Hochsaison! Da geriet ich einmal vorm Schloß

Schönbrunn mitten in mehrere Autobusladungen fernöstlicher Besucher, untermischt mit ein paar Bodenständigen, weiß Gott, was die just in Schönbrunn verloren hatten. Asiatische Touristen erfreuen sich aber überall angemessener Beliebtheit: sie sind diszipliniert und leise. Die einzigen Geräusche, die sie produzieren, kommen aus den Verschlüssen ihrer Kameras.

Da höre ich mit, wie ein Einheimischer den anderen fragt, ob denn hier eher Japaner oder doch vielleicht Chinesen unterwegs sein mögen. "Ganz wurscht", lautete die Antwort des gemütlichen Eingeborenen, "weil ein jeder Japaner ist eh ein Chines."

Diese Antwort, die auch schon literarische Würdigung gefunden hat, erscheint aufs erste Hinhören ein wenig rüde. So mancher Japaner wird sie, beispielsweise, nicht gar so gern hören.

Wir wollen aber ins Grundsätzliche vordringen. In einer Zeit, da uns von fortschrittlicher Seite unentwegt die Gleichheit aller Völker - Rassen darf man schon lang nicht mehr sagen - als Dogma gepredigt wird, müßte die Zusammenlegung von Japanern und Chinesen fast schon als gutmenschliche Pioniertat angesehen werden. Hören wir nicht unentwegt, dass zum Beispiel Serben, Bosniaken und Albaner alle miteinander gleichgeartete Menschen sind, die nur noch eines einzigen großen und multiethnischen Staates bedürfen, um wie im Paradies zu leben? Haben wir nicht den Eskimo im Iglu als gleichgearteten Bruder des Hottentotten in Afrika anzusehen? Dürfen Unterschiede zwischen einem Indianer, einem Kirgisen, einem Berber oder einem Attnang-Puchheimer bestehen? Na alsdann! Da wird man doch erst recht Japaner und Chinesen in einen Topf werfen dürfen!

Menschen von besonderer Güte dehnen die allgemeine Gleichartigkeit in vorbildlicher Weise auch noch auf jede Art von Fauna und Flora aus. Mit Recht, belehren uns doch die Fachleute der Wissenschaft von den Genen, dass selbst ein Krautkopf einem Buckelwal weit ähnlicher ist, als man glaubt.

So dürfen wir denn auch den reißenden Werwolf gleichberechtigt neben den Pinscher stellen, den vorgeschichtlichen Säbelzahn tiger neben das seidenhaarige Angorakätzchen, die Zwergschildkrot neben den Tyrannosaurus Rex, den putzigen und wettervorhersagenden Laubfrosch im Gürkenglasl neben den Tatzelwurm, wie er auch im schönen Klagenfurt als Statue dargestellt ist.

Und wenn sie, vom knipsenden Japaner bis zum feuerspeienden Lindwurm, nicht gestorben sind, leben sie wie im Märchen heute noch.

Zunächst ist die als Prämisse dienende Anekdote zweifelhaft, da sie ("alle Japaner san Chinesen") so schon bei Karl Kraus vorkommt. Staberl wirft aber offenbar bewusst die Begriffe durcheinander, indem er vom verschiedenartigen Aussehen und der verschiedenen Kultur (Eskimo im Iglu und Hottentotten in Afrika) nicht nur auf mangelnde Gleichartigkeit schließt (was angesichts der Tatsache, dass beide zur Spezies der Homo Sapiens gehören, schon falsch ist), sondern auch auf mangelnde

Gleichberechtigung. Unterschiede müssten bestehen dürfen, sagt er, und zwar Unterschiede auch was die jeweiligen Rechte betrifft. Diese Aussage verschiebt Staberl jedoch sicherheitshalber ins Tierreich, wo er sich darüber lustig macht, dass man den "reißenden Werwolf" (im übrigen ein Fabelwesen) "gleichberechtigt neben den Pinscher stellen" wolle.

Biologistische Vergleiche mit dem Tierreich zur Unterstützung der These von der Verschiedenartigkeit und Nicht-Gleichberechtigung der Rassen sind im übrigen nicht nur unwissenschaftlich, sondern wurden mit Vorliebe auch von Adolf Hitler verwendet, u.a. in "Mein Kampf" und den sogenannten "Tischgesprächen".

Der Schlusssatz sagt dann, wohin die Gleichberechtigung der Menschen laut Staberl gehört: Ins Märchen.

Beweis: Krone vom 26.09.1999

Am 22.7.1999 beschäftigt sich Staberl wieder mit bevölkerungspolitischen Überlegungen. Er nimmt an, dass die größten Geburtenüberschüsse in den "Hunger- und Elendsgebieten von Afrika, Asien oder Südamerika stattgefunden haben, denn "je weniger die Menschen zu essen haben, desto ungehemmter vermehren sie sich".

Diese Abwertung der "unvernünftigen" Bewohner der Dritten Welt ist latent rassistisch, weil sie dem Leser unterschlägt, dass etwa in China und in Indien der Hunger in der Form besiegt ist, dass es schon seit Jahrzehnten keine Hungersnöte mehr gibt, die Bevölkerung aber trotzdem ungehemmt und überdurchschnittlich weiterwächst.

In einer weiteren "Argumentationslinie" sagt Staberl, das Schicksal der Weißen in Südafrika sei besiegelt, weil sich die Schwarzen zu viel schneller vermehrt hätten. Diese biologistische Sichtweise unterschlägt a), dass das Schicksal der Weißen höchsten in der Form besiegt ist, dass sie ihre absolute Herrschaft aufgeben mussten (bzw. freiwillig aufgaben) – hauptsächlich, weil die Apartheid rein wirtschaftlich nicht mehr aufrecht zu erhalten war.

Staberl

Im SB-Laden der Experten

In diesen Tagen ist also irgendwo auf Erden der sechsmilliardste Mensch geboren worden. Mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 80 Prozent wird diese Geburt in den Hunger- und Elendsgebieten von Afrika, Asien oder Südamerika stattgefunden haben. Eine wahrhaft teuflische Gesetzmäßigkeit will es ja schon seit eh und je: Je weniger die Menschen zu essen haben, je ärmlischer und elender sie leben müssen, desto ungehemmter vermehren sie sich.

Weil sich zum Beispiel, um auf aktuelle Geschehnisse zu kommen, in der jugoslawischen Provinz Kosovo die Albaner weitaus schneller vermehren als die Serben, hat das Belgrader Regime auf das vermeintliche Allheilmittel der "ethnischen Säuberung" zurückgegriffen, wie das verharmlosende Vokabel für Vertreibung und Völkermord heißt. Weil in Südafrika die im Verlauf des vergangenen Jahrhunderts eingewanderten afrikanischen Stämme mit einer wesentlich höheren Geburtenzahl aufwarten konnten als die Buren, war das Schicksal der Weißen auch schon besiegt. In Israel wird sich der neue Regierungschef Barak mit seinen Friedensbemühungen beeilen müssen, um der bedrohlichen Geburtenfreudigkeit der Araber ringsum in der Region rechtzeitig beizukommen.

Wenn wir nun mit angemessenem Schrecken vernehmen dürfen, dass von

Christi Geburt an rund tausend Jahre nötig gewesen sind, ehe sich die Weltbevölkerung einmal verdoppelt hat; dass aber zwischen 1850 und 1950 eine Verdoppelung schon nach 100 Jahren eingetreten ist; dass die nächste Verdoppelung von 2,5 auf fünf Milliarden schon nach dreißig Jahren erfolgt ist; und dass wir bis Juli 1999 schon wieder um eine Milliarde Menschen mehr geworden sind, dann ist wohl klar:

Es wird zwar demnächst nicht die Welt untergehen, auch nicht am 11. August um 11 Uhr und 8 Minuten, wie uns das sogar ein veritabler Geologieprofessor prophezeit hat - aber das Ende der Menschheit auf unserem Globus ist in verhältnismäßig naher Sicht.

Doch schon treten neben jenen, die sich auf unmißverständliche Fakten aus der Vergangenheit stützen, auch die Zukunftsdeuter mit ihren beschwichtigenden Wahrsagereien auf. So rund ums Jahr 2050, beruhigen sie uns, wird der Bevölkerungszuwachs zum Stillstand kommen, um von da an wieder wohltätig abzunehmen. Gern vernehmen es die Politiker in West und Ost. Mancher mag zwar Anno 2050 noch leben, aber mit Sicherheit wird keiner von ihnen mehr im Amt sein.

Bald auf jeden, der in ehrlicher Sorge um die Zukunft der Menschheit vor Bevölkerungsexplosion und exponentiellem Wachstum warnt, kommt heute schon ein Beschwichtiger mit der Frohbotschaft daher, dass schon alles nicht so arg sein werde. Alle aber, Seriöse wie Verharmloser, nennen sich Experten. Wir dürfen nun, wie bei Brot, Butter oder Würsten im Supermarkt, auch im Selbstbedienungsladen der Experten ganz nach Lust und Laune wählen. Vom Ende der Menschheit bis zum immerwährenden Paradies liegt alles zur gefälligen Auswahl auf den Regalen - das Paradies gewissermaßen in "Aktion".

Beweis: Krone vom 22.07.1999

Am 21.6.1999 benutzt Staberl wieder das an sich banale Schicksal eines rasenden Autofahrers und die Tatsache, dass erst etwas passieren muss, um ein Problem zu erkennen, unvermittelt dazu, um ein abwertendes Urteil über den in der Knebelung erstickten Nigerianer Omofuma zu treffen:

Staberl

Das Pech eines Tunnel-Rasers

Der Raser in dem 2,1 Kilometer langen Tunnel hatte, obwohl nur 80 erlaubt waren, laut Radargerät genau 132 Sachen drauf. Ihm wurde, weil er das erlaubte Tempo um mehr als 50 Stundenkilometer überschritten hatte, sofort der Führerschein abgenommen. Eine saftige Geldstrafe hat die Strafsanktion noch harmonisch abgerundet. Wohlgezählte weitere 160 Tempoüberschreiter und sonstige Verkehrssünder sind bei der "Schwerpunktaktion" im Lärmschutztunnel von Wien-Kaisermühlen an diesem einzigen Tag angezeigt worden.

Das Pech des Tunnel-Rasers war es, dass sich einige Zeit vorher weit weg von Kaisermühlen die Katastrophe im Tauern-Tunnel ereignet hat. Wäre in der Tiefe der Tauern nicht mit unübersehbaren Folgen ein ganzer Tunnelbau zerstört worden, dann hätte es nämlich in Kaisermühlen gar keine Kontrollen gegeben. Unmißverständliche Begründung von seiten der Polizei einem Reporter gegenüber: "Eine Feuerkatastrophe wie im Tauerntunnel darf sich nicht in Wien wiederholen!" Auch der zuständige Stadtrat Svihalek hat keinen

Zweifel darüber offengelassen, dass die Aktion von Kaisermühlen mit dem Unglück in den Tauern in ursächlichem Zusammenhang stand.

Wieso aber muss erst - um eine längst gängig gewordene Redewendung einmal mehr anzuwenden - etwas geschehen, bis etwas geschieht? Wer je bei uns durch irgendeinen Tunnel gefahren ist, der weiß auch, dass dort das Rasen schon seit Jahr und Tag an der Tagesordnung gewesen ist; dass sich so gut wie niemand an den nicht nur vorgeschriebenen, sondern vielleicht auch lebensrettenden Sicherheitsabstand gehalten hat; und dass jene wenigen, die diesen Abstand tatsächlich je eingehalten haben, sofort von anderen überholt worden sind, die sich gleich in die Lücke hineingezwängt haben.

Dass nötige Aktionen immer erst nach bedauerlichen Anlässen angeordnet werden, gilt aber keineswegs nur für den Straßenverkehr. Die Demonstrationen gegen erschreckend unsichere Atomkraftwerke des ehemaligen Ostblocks sind gewiß nötig und verdienstvoll; wäre aber in Tschernobyl nicht der Atommeiler krepirt, hätte sich nie eine so breite Abwehrfront gebildet.

Erst als durch den Fall des mundverpickt umgekommenen Schubhäftlings Omofuma das Problem der illegal zugewanderten Afrikaner so aktuell geworden ist, wurden bei einer großangelegten Rauschgifttrazzia Dutzende Afrikaner samt ihrer Ware gefaßt. Dabei musste man etwa in Wien nur als gewöhnlicher Fahrgast gewisse U-Bahnen frequentieren oder in gewissen Stationen die Augen offenhalten, um zu erkennen, mit welcher Unbefangenheit die von keiner Polizei gestörten Händler ihrem schmutzigen Geschäft nachgehen konnten.

Eben sind wegen des Dioxin-Skandals die europäischen Fleischesser in Aufregung geraten; manche, so liest man, weichen schon auf Känguruh-Schnitzel aus. Wer weiß aber, wieviel Dioxin sie in ihren Steaks und Stelzen schon konsumiert haben, ehe weit drüben in Belgien der Fall überhaupt ruchbar geworden ist!

Die Formulierung "mundverpickt umgekommenen Schubhäftling" ist für den tragischen Todesfall absolut unangemessen. Die daran geknüpfte Folgerung, nun sehe man das Problem der illegal zugewanderten Afrikaner und es habe bei einer Drogentrazzia dutzende Festnahmen gegeben, ist rassistisch, weil unterstellt wird Omofuma und darüber hinaus alle afrikanischen Asylanten seien Drogenhändler.

Beweis: Krone vom 21.06.1999

Am 6.5.1999 befasste sich Staberl ausschließlich mit dem Fall Omofuma und äußerte Verständnis dafür, dass der Schubhäftling derart gekebelt wurde, dass sein Erstickungstod eintrat.

Staberl

Der Rechtsstaat und seine Feinde

Bei aller Skepsis gegen die Meinungsforschung: Wenn sich bei einer Umfrage einmal 88 Prozent für oder gegen etwas aussprechen, dann ist an der Denkweise der Befragten nicht mehr zu rütteln. Da mögen es dann in Wahrheit vielleicht 80 oder, je nachdem, auch 95 Prozent sein - aber die überwältigende Mehrheit gilt.

Stattliche 88 Prozent der Befragten haben sich aber jetzt ganz entschieden gegen einen Rücktritt des Innenministers Schlögl ausgesprochen und damit ein klares Votum gegen die kleine, aber dafür umso lautstärkere Clique der selbsternannten grünen, liberalen oder rabiatroten Gutmenschen gesetzt, denen seit langem schon nie genug Asylanten und Zuwanderer hereinkommen können. Gar machtvoll erschallt jetzt der Ruf nach jenen Menschenrechten, die dem nigerianischen Schubhäftling Marcus O. auf so rassistische und reaktionäre, wenn nicht gar faschistische und alt- oder neonazistische Weise vorenthalten worden seien.

Die erdrückende Mehrheit der anderen Österreicher aber wird sich wohl auch fragen dürfen, ob die Menschenrechte nur für Leute gelten sollen, die sich nicht nur auf der ganzen Linie gegen bestehende Gesetze vergangen, sondern die gesetzliche Maßnahme der Abschiebung mit einer Gewalttätigkeit bekämpft haben, die sich kein Inländer jemals leisten dürfte, ohne für Jahre hinter Gitter zu kommen. Da waren wohlgezählte sieben Polizisten nötig, um den tobenden Nigerianer überhaupt in das Flugzeug zu schaffen. Da trat der Mann dann so heftig gegen die Vordersitze, dass die dortigen Passagiere flüchten mussten. Diese und viele weitere Exzesse, die im Polizeibericht alle haarklein aufgezählt sind, wurden von unausgesetztem Gebrüll begleitet, so dass man es, wenn schon nicht billigen, so doch verstehen kann, dass die Beamten zu einer von der Flugzeugbesatzung zudem ausdrücklich gewünschten Maßnahme gegriffen haben - dem tobenden und endlich gefesselten Gewalttäter auch noch den Mund mit Leukoplast zu verkleben.

Es sei hier eine ganz schlichte Frage gestellt: Haben die Beamten, die einen derart rabiaten Gewalttäter eskortieren müssen, eigentlich keine Menschenrechte? Dürfen Menschenrechte gewissermaßen nur in der Einbahn fahren? Darf zum Beispiel ein afrikanischer Drogenhändler auf die Menschenrechte pochen, während sie den zum Rauschgiftkonsum verführten einheimischen Jugendlichen versagt bleiben?

Noch weiter gefragt: Stehen jenen, die sich um die Rechtsstaatlichkeit keinen Deut scheren, die Benefizien eines von ihnen so deutlich abgelehnten Rechtsstaates wirklich voll und ganz zu? Nur die dümmsten Kälber, so belehrt uns die Spruchweisheit, wählen sich ihre Schlächter selber. Demnach hätte der Rechtsstaat nur wenig Grund, mit seinen Sympathien auf der Seite jener zu stehen, die von seinen menschenrechtlichen Prinzipien überhaupt nichts halten.

Wenn ich mit dieser Aussage nicht auch die Meinung einer Mehrheit von Österreichern ausdrückte, wäre ich sofort zu einem Schritt bereit, den der Innenminister Schlögl auf keinen Fall tun sollte: zum Rücktritt”.

Die Frage, ob denen, die sich nicht um Rechtsstaatlichkeit scheren, die Segnungen des Rechtsstaates zustehen, beantwortet sich von selbst: selbstverständlich, unser ganzes Rechtssystem beruht darauf. Im Zusammenhang mit einem "afrikanischen Drogenhändler" (als der Omofuma damals nicht gelten konnte, weil er nicht verurteilt war) , ist die Überlegung, bestimmten Gruppen, die Rechtsstaatlichkeit vorzuenthalten, rassistisch.

Beweis: Krone vom 06.05.1999

In seiner Kolumne vom 2.12.2000 greift Staberl erneut seine These auf, die "Rassen" seien nicht als gleich anzusehen, doch dürfe man das nicht sagen. Er bestätigt also, dass ihm die

genetisch-anthropologischen Schlussfolgerungen, es gebe keine Rassen, geläufig sind.

In der Folge macht er sich dann über südafrikanische Polizeihunde lustig, die umtrainiert werden müssen, weil sie seinerzeit nur auf Schwarze scharf gemacht wurden. Auch hier wird eine tragische Situation in einem rassistischen Kontext ins Lächerliche gezogen und ein rassistisches Klischee weiter verwendet.

Staberl

Neues von der Rassen-Front

Aus fortschrittlichen, den Spielregeln der so genannten politischen Korrektheit verhafteten Kreisen werden wir seit Jahr und Tag eindringlich belehrt, wie unzulässig der Begriff "Rasse" im Bezug auf die Spezies Mensch doch sei; hier hätte vielmehr, etwa vom Fidschiinsulaner bis hinauf zum Eskimo, jedermann als völlig gleich zu gelten.

Lediglich bei Pferden und Hunden wird die Unterteilung in diverse Rassen vorderhand noch toleriert. Zu offenbar ist ja derzeit noch, dass man zum Beispiel mit einem stämmigen Ackergaul nicht so leicht das nächste Derby gewinnen wird; oder dass zwischen einem Seidenpinscher und einem der neuerdings so arg in Verruf geratenen Kampfhunde gewisse rassistische Unterschiede nicht einmal mit dem Rüstzeug des dialektischen Materialismus wegzuleugnen sind.

Doch halt! Sprachen wir eben von Hunden und ihren Rassen? Da haben wir ja ganz übersehen, dass auch hier bereits ein erster, hoffentlich bahnbrechender Vorstoß zum Korrekten hin vollführt worden ist. Aus Südafrika, das eben erst Apartheid und Rassendiskriminierung abschütteln konnte, erreicht uns die Nachricht, dass 18 Polizeihunde, die unverkennbare rassistische Tendenzen an den Tag legen, gar bald eingeschläfert werden sollen.

Unter dem Titel "Tod für rassistische Hunde" hat die Tageszeitung "Kurier" unlängst unseren einschlägigen Wissensstand erheblich erweitert. Ein Gericht in der südafrikanischen Hauptstadt Pretoria, so erfahren wir mit angemessener Empörung, hat drei weiße Polizisten arretiert, die im Jahre 1998 ihre Hunde auf drei schwarze Einwanderer gehetzt haben sollen. Dabei hat sich im Zug der Ermittlungen herausgestellt, wie sehr auch unter Hunden neuerdings schon der Rassenwahn umgeht. Insgesamt 18 Diensthunde stehen unter Tatverdacht, ausschließlich schwarze Bürger zu beißen und weiße ungeschoren zu lassen!

Obs aber auch wahr ist? Das wird jetzt von zuständigen Tierpsychologen zweifelsfrei festgestellt werden. Sollte sich dabei herausstellen, dass diese 18 Hunde tatsächlich scharf auf Schwarze, aber mild zu Weißen sind, soll unter dem Motto "Nieder mit rassistischen Hunden!" unverzüglich die Einschläferung verfügt werden.

Nun muss freilich auch von Leuten, die mit keinerlei Rassentheorie irgendetwas am Hut haben, in loyaler Weise einbekannt werden, dass es tatsächlich Hunde gibt, deren Angriffslust vorzugsweise immer nur den gleichen Menschen gilt. So ist zum Beispiel schon lang die betrübliche, noch einer tierpsychologischen Erklärung harrenden Tatsache bekannt, dass es manche Hunde vor allem auf die Wadeln der Briefträger abgesehen haben. Hingegen verschwenden die gleichen Exemplare an andere Uniformierte, Feuerwehrleute, Gaskassiere oder Eisenbahner etwa, nicht einmal das leiseste Knurren; ja, sie zeigen bisweilen sogar eine gewisse Bereitschaft, allfällige Einbrecher schweifwedelnd durchs Haus zu geleiten.

So können wir denn nur hoffen, dass die Tierpsychologen so lang alle Hunderassen erforschen, bis endlich einmal alle Menschenrassen vor rassistisch bedenklichen Hunden ihre Ruhe haben.

Auffällig dabei, dass Staberl von "schwarzen Einwanderern" in Südafrika spricht. In einer anderen

Kolumne hat er insinuiert, die Weißen Südafrikas wären schon länger da gewesen als die schwarzen Einwohner.

Beweis: Krone vom 02.12.2000

In der Kolumne vom 19.11.2000 kommt Staberl wieder hartnäckig auf sein Thema zurück, man dürfe ja jetzt nicht mehr von Rassen sprechen, schwenkt dann aber wieder in eine biologistische Betrachtungsweise ins Tierreich ab, um zu insinuieren, dass wenigstens dort noch der Begriff Rasse gelte.

Staberl

Eine Tragik um Hund und Schafe

Der unbestrittene Held unserer heutigen Geschichte ist ein Hund. Wie er heißt, ist uns nicht überliefert, wir wissen nur, dass er von der Rasse her ein Irish Setter ist.

Merke hier: Bei Hunden darf man bis auf weiteres ja noch von Rassen reden. Auch bei Pferden ist erlaubt, weil ja ein zierlich-drahtiger Galopper auf der Rennbahn halt doch einen auffällig anderen Habitus hat als etwa ein Pinzgauer Acker Gaul oder ein Brauerei-Ross, wie sie ehemals noch Pflügern und Bierführern nützliche Dienste geleistet haben. Bei Menschen allerdings dürfen wir von verschiedenen Rassen nix wissen; da haben alle hübsch gleichmäßig von ein und derselben Machart zu sein.

Unserem Irish Setter hat es nun an seinem Aufenthaltsort offenbar nicht sehr gut gefallen. Wir können ihm das nachfühlen, domizilierte er doch keineswegs etwa unter einem Dach mit einem liebevollen Frauerl oder treusorgenden Herrl, sondern zu seinem Verdruss im Gehege eines so genannten Gnadenhofs im salzburgischen Tweng.

Indessen wohnte unserem Setter durchaus jener Drang zur Aktivität inne, der diesem Jagdhund von den Kennern nachgesagt wird. Sogar in den Lesebüchern werden den Hunden jederzeit Gewandtheit, Sinnesschärfe und Angriffslust attestiert.

Daher begann unser Tierheimbewohner wider Willen unverzüglich eine entschlossene Grabetätigkeit. Mit Verve und Ausdauer untertunnelte er das Gitter, das den Twenger Gnadenhof vom übrigen Teil der Welt trennt, und entkam solchermaßen in die Freiheit. Ihm auf den Pfoten folgten vier weitere Artgenossen, die den Aufenthalt im Tierheim ebenso wenig goutiert haben dürften. Ob die vier weiteren Flüchtlinge ihren Teil mitgegraben haben mochten, ist nicht bekannt. Vielleicht waren sie auch so genannte Trittbrettfahrer, deren es ja nicht nur unter Menschen, sondern auch im Tierreich zuhauf gibt.

Unserem bisher so rührenden Bericht um den Freiheitskampf fünfer Hunde folgt aber jetzt ein weitaus weniger idyllischer Tatbestand, wie er leider auch unterm Menschengeschlecht gar häufige Entsprechung findet. Unter den Zweibeinern soll es ja bisweilen ebenfalls vorkommen, dass in der Freiheit der nagende Hunger umgeht, während es unter dem Joch der Knechtschaft wenigstens noch ein Bissl zu essen gegeben hatte.

Wir wollen aber hier nicht auf zeitgenössische menschliche Probleme abirren, sondern bei unseren über den Fluchttunnel in die Freiheit entwichenen

Hunden bleiben. Die standen nun in ihrer Freiheit, hatten dort aber nichts zu fressen. Da war guter Rat teuer genug.

Indessen verhiess eine in der Nähe friedlich grasende Schafherde Abhilfe aus misslichen Nahrungs- und Versorgungsproblemen, was aber wiederum den Schafen Peinlichkeiten bescherte. Von der Leitung des Tierheims in Tweng verlautete dazu dies:

"Für uns als Tierschutzverein ist das tragisch, weil ja die Schafe auch Tiere sind!"

Unbeantwortet blieb die logische Frage, ob dieser Fall weniger tragisch gewesen wäre, wenn die fünf Hunde nicht etwa Schafe, sondern, sagen wir, ein paar Schulkinder angefallen hätten.

Beweis:Krone vom 19.11.2000

Am 28.9.2000 verteidigt er abermals seine Theorie, dass es ja doch verschiedene Menschenrassen gäbe und die Menschen daher nicht gleich(wertig) seien und nimmt dabei Bezug darauf, dass er selbst ja als rassistisch gelte (offenbar auf eine Beschwerde der Wiener Erzdiözese hin).

Staberl

Schwarze Sprinter, weiße Schwimmer

Die Augen sportbegeisterter Weltbewohner sind in diesen Tagen stark auf Australien und die Olympischen Spiele gerichtet, die Australier selbst sorgen für ungeahnte Publikumsrekorde. Während etwa in Austria bei einem Leichtathletikmeeting gerade noch ein paar Freundinnen der Athleten zuschauen, sind in Australia jedes Mal so 110.000 Zuschauer im Stadion. Dass sonst in der Welt auch noch Hunderte Millionen von Fernsehteilnehmern, diese auch noch per Zeit- und Superzeitlupe, das olympische Geschehen verfolgen, darf zusätzlich erwähnt werden.

Sie alle kommen aber nicht nur auf ihre Rechnung, sondern werden auf höchst eindrucksvolle Weise auch noch belehrt, welche große Unterschiede es doch zwischen den einzelnen Rassen der Erdbewohner gibt. Aber wir müssen uns hier sofort korrigieren! "Rassen" hat es ja im Sinn der political correctness nur noch bei Pferden oder Hunden, nie und nimmer aber bei den Menschen zu geben. Wir verwenden daher - damit sich auch die Erzdiözese Wien nicht mehr über den rassistischen Staberl aufpudeln muss - an die Stelle des Vokabels "Rasse" etwa den vorderhand noch gestatteten Begriff "ethnische Gruppe". Damit die Sache nicht gar so menschenverachtend wird!

Da sehen wir jetzt also in Australien, was uns freilich seit Jahr und Tag auch schon bei Weltmeisterschaften oder sonstigen international herausragenden Sportveranstaltungen vorgeführt wird. Wenn da etwa bei den Leichtathleten die acht besten Kurzstreckenläufer im Finale stehen, dann pflegen zumindest sechs, oft genug aber alle acht von schwarzer Hautfarbe zu sein. Ob sie nun aus den USA, aus Lateinamerika, aus der Karibik oder direkt aus ihrer ursprünglichen Heimat Afrika kommen: die schwarzen Athleten beherrschen souverän die Sprintbewerbe und degradieren ihre wenigen weißen Konkurrenten zu Statisten.

Wenn wir aber jetzt in Australien das Stadion verlassen, um uns in der Halle die Schwimmer anzusehen, dann merken wir mit angemessener Verblüffung,

dass dort bei den Finalbewerben ausschließlich Schwimmer der weißen ethnischen Gruppe auf den Startsockeln stehen. Man kann also wertfrei feststellen, dass schwarze Menschen hervorragende Läufer, aber schlechte Schwimmer sind. Dafür dominieren die Weißen bei den Schwimmern, wo wieder die Schwarzen nicht mithalten können.

Dabei haben aber unsere gemeinsamen Vorfahren wohl schon vor Millionen Jahren laufen und schwimmen können müssen, um ihr Überleben zu sichern.

Wie erklären uns das die diversen Gutmenschen von der linksfortschrittlichen, antirassistischen oder klerikalen Machart? Wie können sie am Beispiel der siegreichen schwarzen Läufer und der siegreichen weißen Schwimmer ihre fromme These aufrechterhalten, dass doch alle Menschen in jedwedem Bereich ganz und gar gleich zu sein haben?

In Wahrheit sind nicht nur die Menschenrassen verschieden. Auch unter Menschen gleicher Hautfarbe gibt es ja keine zwei, die nicht - ebenso wie ihre Fingerabdrücke - ganz verschieden wären.

Die Verschiedenheit und daher Ungleichwertigkeit (denn um das geht es Staberl ja) anhand verschiedener Sportarten beweisen zu wollen ist absurd, ganz abgesehen davon ob diese Unbedingtheit : Nur Weiße sind gute Schwimmer, nur schwarze gute Läufer überhaupt stimmt. Die hartnäckige Befassung Staberls mit dem Thema der "rassischen" Ungleichheit kann logisch nur bedeuten, dass er rassistisches Gedankengut unter seine Leser bringen will.

Beweis: Krone vom 28.09.2000

Am 23.7.2000 nimmt sich Staberl erneut seines Lieblingsthemas in der bewährten Weise an: biologistische Vergleiche mit dem Tierreich und Beharren auf der Verschiedenheit von "Rassen", wobei er Bevölkerungsgruppen wie "der Müllmensch aus Kairo mit dem an Bord seiner Jacht vor Acapulco kreuzenden Milliardär, der von der Landwirtschaft einen Schmarrn verstehende Farmbesitzer in Simbabwe mit dem Tiroler Bergbauern, dessen Familie schon seit Jahrhunderten ihren Hof betreibt" als "Rassen" bezeichnet und ihre grundlegende Verschiedenwertigkeit herausstreicht.

Staberl

Weg mit diesen wilden Rassen!

Über das Wüten der so genannten Kampfhunde kursieren derzeit die schaurigsten Geschichten. Bei uns in Österreich etwa hat neulich erst ein solcher Kampfhund - auf Neudeutsch auch gern Killerhund genannt und hier wiederum nicht zu verwechseln mit den Killerbienen oder den Killertomaten - sogar sein eigenes Herrl angefallen. Mit jenem untrüglichen Killerinstinkt, der nach Aussage der Fußball-Kommentatoren unseren hiesigen Sturmspitzen, von der Nationalmannschaft erst gar nicht zu reden, leider abgeht, stürzte sich das Bullterrier-Ungeheuer auf seinen Meister und fügte ihm auf Brust und Armen arge Bisswunden zu. Doch der lädierte Kampfhund-Besitzer, ein kräftiger Mittdreißiger, hatte immerhin noch genug Kraftreserven, um seinen ehemaligen Liebling mit bloßen Händen zu erwürgen. So ein Glück muss einer erst einmal haben! Seit nun die Horrorstories von den Kampfhunden umgehen, fehlt es nicht an Forderungen, solche wilde Hunderassen amtlich zu verbieten. Nicht nur auf Pitbull-Terriers und Rottweiler, sondern neuerdings auch schon

auf ganz gewöhnliche Schäferhunde erstrecken sich die einschlägigen Aufforderungen. Kein Wunder, hat doch erwiesenermaßen auch Hitler allerweil seine Schäferhunde gehabt; denkbar also, dass auch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, das ja auch sonst die ausländischen Zeitungen zum Nulltarif mit antiösterreichischen Raubergschichten versorgt, die Schäferhunde wegen ihrer Nazivergangenheit, braun im Fell sind sie ja eh zumeist, gehörig angeprangert hat.

Da möchte ich aber einen gewissen Xilo, meinen lieben Freund und Nachbarn, bitte schön ausgenommen sehen. Dieser Schäferhund verfügt zwar über ein Gebiss, das zum Fürchten ist, sucht aber an Freundlichkeit gegenüber jedermann seinesgleichen. Sollte ich nochmals auf die Welt kommen, gehe ich ins Haus von Xilos Herrl und Frauerl einbrechen!

Während also in diesen Tagen ringsum die Forderungen nach einem Verbot gefährlicher Hunderassen erschallen, dürfen wir uns aber glücklich preisen, dass es, zumindest nach übereinstimmenden Aussagen aus linksfortschrittlichen, gackerlgrünen und klerikalen Kreisen, unter uns Menschen keinerlei Probleme mit allfällig gefährlichen Rassen gibt, Karl Marx sei Lob und Dank. Bei Menschen gibt es nämlich nicht nur keine gefährlichen, vielmehr überhaupt keine Rassen; nieder mit den Faschisten, Tod den Nazis, wehret den Anfängen!

Da ist also der Bosniak dem Fidschi-Insulaner ganz gleich, der Eskimo hat es mit dem Kongolesen gemein, der Indianer mit dem Chinesen, der Türk mit dem Ostfriesen, der sizilianische Mafioso mit dem englischen Lord, der Müllmensch aus Kairo mit dem an Bord seiner Jacht vor Acapulco kreuzenden Milliardär, der von der Landwirtschaft einen Schmarren verstehende Farmbesetzer in Simbabwe mit dem Tiroler Bergbauern, dessen Familie schon seit Jahrhunderten ihren Hof betreibt. Menschen, Menschen samma alle!

Daher sind auch alle Menschen gleich! Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.

Beweis: Krone vom 23.07.2000

In der Kolumne vom 24.9.2000 wiederholt Staberl die Kernsätze dieser letztzitierten Kolumne:

Staberl

Aus Presserat und Erzdiözese

"Während in diesen Tagen die Forderungen nach einem Verbot gefährlicher Hunderassen erschallen, dürfen wir uns aber glücklich preisen, dass es, zumindest nach Aussagen aus linksfortschrittlichen, gackerlgrünen und klerikalen Kreisen, keinerlei Probleme mit gefährlichen Rassen gibt. Bei Menschen gibt es vielmehr überhaupt keine Rassen. Da ist also der Bosniak mit dem Fidschi-Insulaner ganz gleich, der Eskimo hat es mit dem Kongolesen gemein, der Indianer mit dem Chinesen, der Türk mit dem Ostfriesen, der sizilianische Mafioso mit dem englischen Lord, der Müllmensch aus Kairo mit dem an Bord seiner Jacht kreuzenden Milliardär, der von der Landwirtschaft einen Schmarren verstehende Farmbesetzer in Simbabwe mit dem Tiroler Bergbauern. Menschen, Menschen samma alle

....."

Wem dieser Text bekannt vorkommt, hat ein gutes Gedächtnis. Das obige Zitat stammt aus meiner bereits am 23. Juli erschienenen Kolumne "Weg mit diesen wilden Rassen!" über die hysterischen Aufregungen um angebliche oder tatsächliche "Kampfhunde".

Es ist aber daraufhin wahrhaftig Kurioses geschehen. Ein mir ganz unbekannter Wolfgang Thill hat mich beim so genannten Presserat angeklagt: diese Organisation wiederum hat mich vorgeladen, um mich gegenüber Herrn Thill zu rechtfertigen. Weswegen, ist mir nicht mitgeteilt worden, weil der Presserat dergleichen nicht dazusagt. Wahrscheinlich wirds aber Rassenhass oder Ähnliches gewesen sein.

Die Vorladung des Presserates habe ich wie immer weggeworfen; hingegangen bin ich logischerweise auch nicht. Umso erstaunter war ich, dass ich mit Datum vom 23. August den folgenden Presserat-Schrieb erhielt:

"Betrifft: Wolfgang Thill gegen Ihre Kolumne ,Weg mit diesen wilden Rassen: Der Österreichische Presserat hat sich mit o.g. Beschwerde befasst und entschieden, dass kein Grund zum Einschreiten besteht. Mit freundlichen Grüßen Paul Vecsei, Senatsvorsitzender."

Da es aber nun für mich keinerlei Wichtigkeit hat, ob mich der Presserat für schuldig erklärt oder freispricht, habe ich auch diesem Brief keine Bedeutung beigemessen. Ich hätte seinen Text auch nie für veröffentlichungswürdig befunden, wenn ich nicht inzwischen von zahlreichen Lesern darüber informiert worden wäre, dass der seltsame Herr Thill nicht etwa - wie ich zunächst vermutet hatte - ein rabiater Turnpatschenmarschierer von der Donnerstag-Demonstration ist, sondern vielmehr ein Mitarbeiter der Erzdiözese Wien. Dort fabriziert er über Auftrag seiner Dienstgeber eine Zeitschrift namens "Dialog". Und just in diesem Blättchen hat es der Herr Thill, ehe er noch zum "Presserat" gelaufen ist - auf das Denunziationsarchiv dürfte er eventuell vergessen haben - dem Staberl ordentlich hineingesagt, welch übler Rassist der doch sei.

Doch das Gekläff des Herrn Thill, dem wir die Bezeichnung "Kampfhund" keineswegs antun wollen, war selbst dem Presserat zu arg. Anhand dieses Vorfalls darf aber eventuell auch ein wenig sinniert werden, wieso denn der Kirche neuerdings so viele Leute davonlaufen.

Aus der Tatsache, dass der Presserat diesmal kein Urteil aussprechen wollte, leitet Staberl erneut die Richtigkeit seine "Rassenthese" ab.

Beweis: Krone vom 24.09.2000

Am 25.6.2000 macht sich Staberl über die Befürchtung von Frau Beate Winkler, der Leiterin der EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Antisemitismus lustig, sie könne wegen mangelhafter Sicherungen durch die Bundesregierung Opfer eines Attentats werden, was angesichts der Briefbomben und anderer Anschläge im Ausland nicht so abseitig ist.

Staberl

Keine Gefahr für Frau Beate

Vor lauter Gerede und Geschwafel um die Sanktionen gegen das angeblich so rassistische Österreich mag es weiten Teilen der hiesigen Öffentlichkeit ganz entgangen sein, dass wir in der Bundeshauptstadt Wien ja eh schon eine Anti-Rassismus-Behörde der EU sitzen haben. Allerdings ist uns unbekannt, welche Früchte die Arbeit dieser Organisation bisher schon getragen hat. Skpetischere Naturen könnten hier auch die Frage aufwerfen, ob diese Behörde überhaupt schon irgendwelche Arbeit geleistet haben mag. Wenn nicht, dann hätte sie es immerhin mit vielen anderen EU-Ämtern gemein.

An der Spitze der in Wien ansässigen Anti-Rassismus-Behörde steht eine gewisse Beate Winkler aus Deutschland; eine Dame, die schon bei ihrem Amtsantritt an ihrer rabiat-antiösterreichischen Haltung keinen Zweifel offen gelassen hat.

Soeben aber hat Frau Winkler ein Stückel zum Schlechtesten gegeben, das an hinterfotziger Österreich-Verteufelung alles übertrumpft, was es seit der Hetze gegen Kurt Waldheim auf dem internationalen Parkett je abgesetzt hat.

Die umtriebige Anti-Rassistin hat sich zunächst einmal über eine schwere "Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit" beklagt. Wie bitte? Gibt es in Österreich vielleicht eine Zensur, ist die Pressefreiheit in Gefahr, bekommen oppositionelle Politiker einen Maulkorb umgehängt? Soll nach der unrühmlichen Pleite des Konsumvereins vielleicht auch noch die Sozialdemokratische Partei ausgeschaltet werden?

Das gerade nicht. Aber nach einer geradezu an Orwells "1984" gemahnenden Doktrin der Frau Winkler ist die Meinungsfreiheit in Österreich arg verletzt worden, weil ihr - einer erdrückenden Mehrheit der Österreicher gleichfalls zu Recht suspekter - Mitstreiter Anton Pelinka einen Prozess gegen Jörg Haider verloren hatte. Pelinka aber habe doch, so Frau Winkler, "nur die Wahrheit über Haider gesagt"!

Den Spruch eines ordentlichen Gerichts als Beeinträchtigung der "Meinungsfreiheit" auszutrompeten, ist schon hirnrissig genug. Doch von da an war Frau Beate gar nicht mehr zu halten. Weil nämlich, so zeterte sie, die österreichische Regierung zu ihrem Schutz keine ausreichende Sicherheitsvorkehrungen getroffen habe, könnte sie doch jederzeit

"AN IHREM ARBEITSPLATZ DURCH DAS FENSTER ABGEKNALLT WERDEN!"

Wir können der Frau Winkler aber die Beruhigung zuteil werden lassen, dass sie bei uns in Österreich weder durchs Fenster noch sonstwie je abgeknallt werden wird. Und dies nicht nur allein deswegen, weil die Dame bei weitem zu wenig wichtig ist; sondern vor allem, weil in Österreich politisch motivierte Attentate überhaupt nicht die Mode sind. Da ist einmal - gut aufgepasst, Frau Beate - der österreichische Regierungschef Graf Stürkh Anno 1916 von Friedrich Adler erschossen worden. 1934 wurde dann der Bundeskanzler Dollfuß von einem Naziputschisten ermordet. Das wars dann.

Frau Winkler wird also keineswegs durchs Fenster abgeknallt werden. Nicht einmal zum FensterIn wird einer je bei ihr einsteigen!

“Politisch motivierte Attentate” seien in Österreich “überhaupt nicht die Mode” (womit die Briefbomben, der Nittel-Mord und die palästinensischen Anschläge gelegnet werden). Überdies werde “nicht einmal zum FensterIn jemand “bei Frau Winkler “einsteigen”. Dies ist die rassistische

Verhöhnung einer EU-Institution beenso wie eine sexistische Attacke.

Beweis: Krone vom 25.06.2000

Rassistische (Unter)Töne sind aber auch bei **Wolf Martin** zu finden:

Vor allem das Thema "Schwarzafrika" und warum man zu schwarzen nicht "Neger" sagen sollte, hat es ihm angetan: Am 27.07.2003 erschien folgendes Gedicht:

In den Wind gereimt

*Ein jeder Mensch, sofern integer, /sagt heute "Schwarzer" und
nicht "Neger". /Und dennoch heißen Staaten ja /auch "Niger"
und "Nigeria"./ Die Schwarzen, die sie selbst so nennen/ - ob
sie mir dies erklären können?*

Beweis: Krone vom 27.07.2003

Das können sie sehr gut erklären, es wäre aber auch Wolf Martin zuzumuten gewesen, im Internet die wahre Etymologie der beiden Staatsnamen zu ergründen. Diese stammen vom drittgrößten afrikanischen Fluss "Niger", der durch beide Staaten fließt.

Der Name "Niger" geht nicht auf die lateinische Bezeichnung für "schwarz" zurück (warum sollten die "Schwarzen, die sie selbst so nennen", auch Latein verwenden?), sondern auf die Bezeichnung "gher n-gheren" = "river among rivers" in der Sprache "Tamashek", was dann offenbar von den Kolonialmächten zu "Niger" verballhornt wurde (**Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**).

In der Kolumne vom 25.4.2001 behauptet Staberl, die Zustände im Süden Afrikas (gemeint sind offenbar Zimbabwe und Südafrika) seien heute schlimmer (ungerechter) als unter der weißen Kolonialherrschaft und der Apartheid. Das ist selbstevident historisch falsch, weil in Südafrika die weiße Bevölkerung lediglich ihren Status der absoluten Vorherrschaft verloren (aufgegeben) hat und tatsächliche Gewalttaten gegen sie der Kriminalität, nicht aber einer politischen Verfolgung, zuzurechnen sind. Ein Vergleich mit der blutigen Landnahme vom 17. bis zum 19. Jahrhundert (komplett mit völkermörderischer Ausrottungspolitik zumindest unter der Urbevölkerung (Buschmänner, Hottentotten) und dem Apartheid-Regime ist absolut unzulässig.

Ähnliches gilt für Zimbabwe, wo die Weißen und die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung gleichermaßen unter der Diktatur zu leiden haben. Die Übergriffe gegen die Weißen mögen auch rassistisch motiviert sein, aber von einem "Unrecht in höherem Maße als dieses je gewesen unter den Weißen" kann keine Rede sein.

In den Wind gereimt

*Selbst die, die nie beim Schleimen säumen,
beginnen nunmehr einzuräumen,
dass es im Süden Afrikas
heut Unrecht gibt in höherm Maß.
als dieses je der Fall gewesen*

unter den Weißen, diesen "Bösen".
 Zum intensiven Schwarz-Rassismus
 kommt noch der "schwarze Stalinismus",
 und glücklich ist jetzt auch am Sande
 die Wirtschaft im einst reichen Lande.

Beweis:Krone vom 25.04.2001

In der Kolumne vom 3.7.2000 scheint Wolf Martin zunächst zu bedauern, dass der Westen das weiße Apartheidregime in Südafrika durch Sanktionen zum Einlenken zwang. Dadurch sei das Land auf Afrikas (niedriges) Gesamtniveau heruntergedrückt worden. Das ist eine rassistische Verdrehung, denn Südafrika liegt nach wie vor weit über dem afrikanischen Durchschnitt. Die Probleme der letzten Jahre sind eher auf den zeitweiligen Verfall des Goldpreises und der Aids-Epidemie, die unter der jüngeren Generation wütet, zurückzuführen. Dann behauptet er, in Simbabwe würden die Weißen "massakriert", was eine unhaltbare Behauptung ist. Vereinzelte Todesfälle kann man nicht als Massaker bezeichnen.

In den Wind gereimt

*Vom Westen durch Boykott gezwungen,
 ists in Südafrika gelungen,
 das Land herabzudrücken froh
 auf Afrikas Gesamtniveau.
 Auch in Simbabwe setzt man Zeichen,
 das Land an jenes anzugleichen.
Die Recht und Wohlstand garantiert,
die Weißen, werden massakriert.
 Jetzt sinds, man muss es bang erkennen,
 die Schwarzen, die die Rassen trennen.*

Beweis:Krone vom 03.07.2000

Schon am 17.8.1999 hatte Wolf Martin seine wahre Meinung über die Schwarzafrikaner unverblümt geäußert:

In den Wind gereimt

*Wenn Afrikaner, wie wir hören,
 sich bei Europa nun beschweren,
 dass sie daheim nur Kriege hätten,
 woraus nur Flucht sie könne retten,
 so sei geraten den Gesellen,
 die Kriege eben einzustellen.
 Und glaubt nur nicht, Europa wäre
 stets schuld an jeglicher Misere!
Der Schwarze Kontinent ist reich,
nur Fleiß und Disziplin fehlt euch!
Europa hats aus eigener Kraft
und nicht durch Bettelei geschafft!*

Selbst wenn man die allgemeine Rückständigkeit auf dem Kontinent in Rechnung stellt (die ja nicht

nur Schwarzafrika betrifft), so ist es rassistisch, dies allein auf die Faulheit und mangelnde Disziplin seiner Bewohner zurückzuführen, statt die zahlreichen ungünstigen Faktoren mit einzubeziehen. Armut und Unterentwicklung schlimmster Art hat es etwa auch in hochentwickelten Gesellschaften wie etwa China gegeben – was sich änderte, sobald die ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Faktoren verändert wurden. Europa wäre nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs so schnell wieder auf die Beine gekommen, hätte es nicht den Marshall-Plan ("Bettelei"?) gegeben.

Beweis: Krone vom 17.08.1999

Am 13.1.2003 behauptet Wolf Martin jeder, der zu sagen wagte, Nigerianer hätten ihre Hand im Drogengeschäft, werde jedenfalls als Rassist abgestempelt. Das ist unrichtig. Die entsprechenden liberalen Medien und Institutionen haben immer nur davor gewarnt, alle Asylanten aus Schwarzafrika automatisch so abzustempeln.

In den Wind gereimt

Sie kommen aus Schwarzafrika, besonders aus Nigeria, und haben fest in ihrer Hand den Drogenhandel hierzuland. Bis dato als "Rassist" verklagte man den, der dies zu sagen wagte. Nun ist es nicht mehr zu bestreiten, nicht einmal von den "guten" Leuten. Doch jetzt kann man sich Jammern sparen. Der Zug ist längst schon abgefahren.

Beweis: Krone vom 13.01.2003

Am 8.5.2002 versuchte Wolf Martin den Eindruck zu erwecken, das Attentat auf den "ausländerfeindlichen" holländischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn sei eine direkte Folge der Hetzarbeit und des Hasses der "Tugendterroristen".

In den Wind gereimt

Nichts hassen Tugendterroristen so sehr wie "rechte Populisten". Hat einer eigene Gedanken und fordert für den Zuzug Schranken, so schmähen Gutmenschen vereint ihn als "Rassist" und "Fremdenfeind". Die heuchlerischen Selbstgerechten verleumden, hetzen, höhnen, ächten. Zwist und Gewalt ists, was sie säen. Nun ist der erste Mord geschehen . . .

Tatsache ist, dass zum Zeitpunkt der Abfassung des Gedichts über die Motive des Täters nichts bekannt war. Später stellte sich der Täter als militanter Tierschützer mit psychotischem Hintergrund heraus. Eine Verbindung zum "Haß der Tugendterroristen" ist sachlich nicht herstellbar, das Gedicht eine Verhetzung gegen jene, die sich für Menschenrechte einsetzen.

Beweis: Krone vom 08.05.2002

Am 26.4.2002 behauptet Wolf Martin, "niemand" würde den simbabweschen Diktator Mugabe tadeln, weil er eben als Schwarzer sakrosankt sei.

In den Wind gereimt

Simbabwe's Wüterich, Mugabe, beraubt die Weißen ihrer Habe. Die Schwarzen, frei von "Bösewichten", das Land nunmehr zugrunde richten. Jedoch nicht sonderlich erregen sich unsre "Guten" dessentwegen. Rassismus sehen diese Leute ja immer nur auf einer Seite, und keiner will Mugabe tadeln, als würd die schwarze Haut ihn adeln.

Eine evident falsche Behauptung, denn nicht nur wurden scharfe Proteste von internationalen Menschenrechtsgruppen, NGO's und auch Regierungen erhoben, auch innerhalb des britischen Commonwealth wurden, wenn auch relativ milde, Sanktionen über Mugabe verhängt.

Beweis: *Krone* vom 26.04.2002

Am 1.9.2001 behauptet Wolf Martin ein weiteres Mal, der Rassismus der heutigen Schwarzen in Afrika sei größer, als man jemals bei den weißen gesehen habe:

In den Wind gereimt

*Rassismus zeigt Schwarzafrika,
wie man ihn kaum bei Weißen sah.
In Israel - doch lasst mich schweigen,
hier darf man nicht mit Fingern zeigen.
Australien - hier geht es an -
ist es zu Flüchtlingen human?
Man wird wohl sagen müssen: kaum.
Obwohl es doch so reich an Raum.
Da lob ich mir in unserm Lande
die angebliche blaue "Schande",
die jetzt in Kärnten und im Staat
das so "brutale" Sagen hat!*

Selbst wenn man zweifellos gegebene Gewalttaten von schwarzen gegen Weiße in Rechnung stellt, so ist das angesichts der Geschichte des Kolonialismus und der Apartheid eine völlig absurde Behauptung und rassistische Schuldumkehr.

Beweis: *Krone* vom 01.09.2001

Am 29.7.2001 nimmt Wolf Martin erneut sein Thema auf, man dürfe ja jetzt nicht mehr "die Wahrheit" über die rassistischen Unterschiede und Ungleichwertigkeiten sagen:

In den Wind gereimt

*Aus Deutschland kommen schwarze Listen
mit Wörtern, welche auszumisten.
Die "Krone" hats bereits berichtet.
Heut gibt es sie vom Wolf gedichtet.
Wem Anstand und Moral nicht fremd,
bestelle niemals Mohr im Hemd!
Nascht einer süße Negerküsse,
so zieht man auf Rassismus Schlüsse.*

Bös, wer von Rassenunruhn spricht,
denn Rassen gibts bekanntlich nicht.
Du meinst, ein Mischling wär dein Hund?
Bist du im Hirn nicht ganz gesund?
 Auch Farbige sind unbekannt
 in einem aufgeklärten Land.
 Vom Südländer, was jedem klar,
 von einem Balkanesen gar,
 spricht der Gerechte keinen Ton.
 Vom Nordländer und Piefke schon.
 Ausländer - pfui ist dieses Wort!
 Wir schmeißens raus und jagens fort!
 Wenn etwas nicht ganz astrein wirkt,
 mags alles sein, doch nie getürkt.
 Den Horizont wird sehr erweitern
 das Schweigen von den Gastarbeitern.
 Ein Mensch, der Guten gilt als gut,
 kennt keine Asylantenflut.
 Spricht einer von Asylbetrug,
 ward er gemahnt noch nicht genug.
 Von Überfremdung, sehr verkehrt,
 spricht keiner, dem die Ethik wert,
 und nie von Eingeborenen
 die der Moral Verschworenen.
Ihr Leute, nehmt euch das zu Herzen!
Nun gilt es tüchtig auszumerzen!

Wieder baut Wolf Martin einen Popanz auf, um auf ihn einschlagen zu können: wer "Negerküsse" sage, müsse sich allgemein den Vorwurf gefallen lassen, ein Rassist zu sein. Im Schlusssatz arbeitet er wieder mit einer NS-Anspielung: "ausmerzen" (von unwertem leben etc.) gehört zur NS-Terminologie

Beweis: Krone vom 29.07.2001

In einem Gedicht vom 19.4.2001 macht sich Wolf Martin abermals über die wissenschaftlichen Erkenntnisse lustig, die besagen, man könne nicht von "Rassen" sprechen:

In den Wind gereimt

*Aus unsres Staatsfunks weisem Mund
 wird uns von "Rassenunruhn" kund.
Doch lehrt die hohe Wissenschaft
mit unbestechlich strenger Kraft
nicht seit geraumer Weile schon,
die "Rassen" wären nur Fiktion?
 Mahnt uns nicht deshalb die Gemeinde
 der Tugend- und Korrektnessfreunde,
 wer heute noch von "Rassen" spricht,
 sei ein rassistisch böser Wicht?
 Man darf, wenn dieses ein Verbrechen,
 auch nicht von "Rassenunruhn" sprechen!*

Beweis: Krone vom 19.04.2001

Aber nicht nur Schwarzafrikaner, sondern auch Araber (“Wüstensöhne”) kommen gelegentlich unter das polemische Messer von Wolf Martin. In einem Gedicht vom 19.3.1999 bezieht er sich auf angebliches oder tatsächliche sexuelle Belästigung von europäischen (österreichischen) Frauen durch Araber, wofür es auch ein Tatsachensubstrat geben mag. Die Behauptung aber, jeder, der dies kritisiere, würde automatisch als Rassist angesehen, ist aber vollkommen aus der Luft gegriffen und damit selbst wieder implizit rassistisch.

In den Wind gereimt

*Schwer fällt es manchen Wüstensöhnen,
sich an die Sitte zu gewöhnen,
dass hierorts unvermummt und frei
die Frauen wandeln, wos auch sei.
Sie können dann nicht an sich halten
und lassen ihre Triebe walten.
Und wem dies ungehörig scheint,
der ist Rassist und Fremdenfeind.
Auch die Justiz hat dies erkannt
und gibt den Grapschern freie Hand.
Man könnt, will man Korrektneß pflegen,
noch einen weitem Schritt erwägen:
Sollts unsern Frauen nicht behagen,
so solln sie halt den Tschador tragen . . .!*

Wieder die falsche Behauptung, jemand, dem dies ungehörig erscheine, werde als Fremdenfeind beschimpft.

Beweis: *Krone* vom 19.03.1999

Wolf Martin beschäftigt sich aber auch gerne mit den grundsätzlichen Fragen der Bevölkerungspolitik, bzw. was er dafür hält. Am 8.7.2001 erschien folgendes Gedicht.

In den Wind gereimt

*Die reichen Länder ziehen heute
magnetisch an die armen Leute.
Und überall sind es die Städte,
die Arme anzieh'n wie Magnete.
Wobei der Völker beste Schichten
sich durch Geburtenschwund vernichten.
Die Folgen sieht man jetzt schon reichlich:
Der Niedergang ist unausweichlich.*

Der Duktus ist klar völkisch-rassistisch : die reichen Länder ziehen magnetisch die armen Leute (aus der Dritten Welt) an, die “besten Schichten” der Völker (im reichen Norden) vernichten sich selbst durch Geburtenschwund und minderwertiges “Menschenmaterial” , das aus dem armen Süden hereinkommt, führt zum “Niedergang”.

Beweis: *Krone* vom 08.07.2001

Ähnlich das Gedicht vom 14.5.2000:

In den Wind gereimt

*Fürs Muttersein, da braucht man Kinder.
Jedoch die Wirtschaft, die braucht Inder.
Und unsre Mütter nur mal eben,
das Muttertagsgeschäft zu heben.
Die Dritte Welt als große Mutter
gibt heut der ersten Menschenfutter.*

Beweis: Krone vom 14.05.2000

In einem Gedicht vom 10.8.2001 beschäftigt sich Wolf Martin mit den Verkäufern der Obdachlosenzeitung "Augustin" und bezeichnet sie als "lästig wie Läuse und Wanzen".

In den Wind gereimt

*In Wien gibts eine Sandlerzeitung,
die hofft auf weiteste Verbreitung.
Doch ists ums Geld für sie zu schad,
denn sie schreibt trocken, öd und fad
und unterhaltend keine Spur
von Sandler-Fachproblemen nur.
Da hilfts auch nichts im Großen, Ganzen,
wenn lästig wie die Läuse und Wanzen
des Blättchens Kolporteurs sind.
Nur besser Wert ists, der gewinnt!*

Das ist eine klare menschenverachtende Verhetzung, denn die Verkäufer sind keineswegs aufdringlich (sie wurden auch dahingehend instruiert) und der Vergleich von Menschen mit Ungeziefer ist rassistisch. Im übrigen wird suggeriert, man müsse die Zeitungsverkäufer vertilgen wie Ungeziefer.

Beweis: Krone vom 10.06.2001

C) Die Krone verbreitet nationalistische (Unter-)Töne:

Zu diesem Thema können vor allem einige Gedichte von Wolf Martin herangezogen werden, die sich ausdrücklich gegen andere Völker richten, besonders in der Nachbarschaft Österreichs und ihnen Minderwertigkeit unterstellen, vor allem im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt. Besonders die Tschechen haben es hier dem Autor, der seinen slawisch klingenden Nachnamen Martinek auf "Martin" und seinen Vornamen Wolfgang auf das schärfere, härtere "Wolf" (übrigens das Lieblingspseudonym von Hitler) verkürzt.

Am 23.7.2001 stellt Wolf Martin, ob man wirklich die "Ostländer" Polen und Tschechien in der EU braucht. Norwegen (das zweimal per Volksabstimmung den Beitritt abgelehnt hat) und die Schweiz (die ebenfalls per Referendum schon eine Vorform des EU-Beitritts in den EWR ablehnte) solle man sich holen.

In den Wind gereimt

*Braucht die EU denn wirklich Polen?
Norwegen sollte sie sich holen!
Und mehr als Tschechien von Reiz
wär doch für sie die wackre Schweiz!
Doch diese beiden Selbstbewussten
mit gutem Grund ihr etwas husten.*

Die minderwertigen "Ostler" wie die Tschechen und die Polen solle man doch ihrem Schicksal überlassen, suggeriert das Gedicht, während die "nordischen" Norweger und die fleißigen Schweizer doch die EU völkisch aufwerten würden.

Beweis: Krone vom 23.07.2001

Das Thema der bösartigen, völkermörderischen und technisch unzulänglichen ("Schrottkraftwerk") Tschechen, die man nicht in die EU lassen sollte, wurde in den folgenden beiden Kolumnen wieder aufgegriffen:

In den Wind gereimt

*Sie sprachen doch von schönen Dingen,
die die EU uns würde bringen?
Was haben wir davon gesehn?
a) die Sanktionen. Danke schön!
b) dass so hoch wie nie die Steuer
und die Belastung ungeheuer,
c) BSE-Wahn, Angst und Grausen,
statt dem versprochenen guten Schmausen,
d) dass uns niemand schützt - na klar! -
vor dieser Schrottkraftwerks-Gefahr.
und e) dass man mit unserm Geld
korrupte Herrschaften erhält,
die sich noch präpotent erfreuen,
von "Werten" und "Moral" zu sprechen.
Im Dämmsten schon die Einsicht reift:
Man hat uns prächtig eingeseift!*

Beweis: Krone vom 05.03.2001

In den Wind gereimt

*Von Deutschland und von der EU
verlassen, warn wir gradezu
Paradewursteln für die Tschechen.
Sie konnten alles sich erfreuen
und über uns von Herzen lachen.
Doch nun scheint Deutschland was zu machen.
Zu hoffen, dass es etwas täte
im Fall der Benesch-Schanddekrete,
wär zwar naiv, doch immerhin:
es tut sich was mit Temeljn.
Vom Schüssel hoff ich jetzt das eine:*

er stellt sich endlich auf die Beine.

“Die Tschechen” werden hier dargestellt als bösertige Frechlinge, die über Österreichs Besorgnisse nur lachen. Österreicher wird wieder als Opfer dargestellt (“von Deutschland und der EU verlassen”), als ob es nicht die Aufgabe der österreichischen Politik gewesen wäre, sich Verbündete in der EU zu suchen.

Beweis: Krone vom 21.07.2001

Ähnlich die Kolumne vom 9.8.2001, in der “die Tschechen” wieder implizit als Raub- und Mordnation, die noch dazu andere mit einem Schrott-AKW bedrohen dargestellt werden:

In den Wind gereimt

Ein Schrottkraftwerk bedroht das Land?

*Dekrete haben noch Bestand,
die das Vertreiben und Berauben
und einen Völkermord erlauben?*
*Die "Grün"-Partei bekümmerts wenig.
Bei ihr ist andre Kundschaft König:
Die "VolxTheater"-Radikalen,
Anarchos, gierig nach Randalen,
Linkslinke, Kummerln und dergleichen.
Fürwahr, ein äußerst "grünes" Zeichen!*

Am 11.6.2003 benutzte Wolf Martin die Auseinandersetzung um die europäische Verfassung zu der Unterstellung, die Polen würden das Geld der EU nehmen, aber einem anderen Herrn (?) gehorchen.

In den Wind gereimt

*Ich hoff, es wird sich nicht mit Polen Europa kalte Füße holen.
EU-Geld nehmen Polen gern - gehorchen tun sie andern Herrn. Zoff
gibts auch mit den stolzen Briten, die stets auf eignen Wegen
schritten. Sie wolln partout sich nicht bequemen, den Euro endlich
anzunehmen. Und von dem Eigensinn der Tschechen will der Poet
erst gar nicht sprechen. Nur schwer erreicht Erfolges Höhe wohl so
ein Sack voll Riesenflöhe.*

Die Diktion ist symptomatisch für die Gedankenwelt von Wolf Martin. In der EU herrscht nicht Gleichberechtigung, sondern man “gehört” einem “Herrn”, notabene einem anderen.

Die Tschechen werden in die Abwertung der Polen gleich mit hineingezogen und die ganze (erweiterte) EU als Ungeziefer (Sack voll Riesenflöhe) bezeichnet.

Die üblen Eigenschaften “der” Tschechen werden am 7.4.2002 angesprochen.

In den Wind gereimt

Es ist die Frechheit mancher Tschechen fast als begnadet anzusprechen. Dafür hätt man wohl einst mit Wonnen ein Dutzend Kriege schon begonnen. Heut kann man sich - zum Glück - nur wehren mit einem kleinen Volksbegehren. Doch wer selbst diesem ferne bleibt, die Sanftmut etwas übertreibt.

Wolf Martin insinuiert, dass man wegen der Frechheit der Tschechen eigentlich einen Krieg gegen sie beginnen müsste, was aber heute nicht mehr möglich sei. Dabei unterschlägt er, dass Hitler-Deutschland sehr wohl 1939 die Tschechoslowakei überfallen, unterjocht und zerstückelt hat.

Beweis: Krone vom 07.04.2002

Genau diese Tatsache hatte Wolf Martin schon am 7.4.2002 unterschlagen, als er behauptete, der tschechische Staat basiere auf Raub und Mord. Das ist als "Staatsgründungsgeschichte" hetzerischer Unsinn, aber selbst wenn man das Unrecht der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung in Rechnung stellt, tut Wolf Martin so, als habe es nicht die Vorgeschichte der deutschen Besatzung gegeben. Die Tonlage ist gegenüber einem heutigen Mitglied der europäischen Gemeinschaft hetzerisch und nationalistisch.

In den Wind gereimt

Den Tschechen gilt mein Wort: Ihr Staat basiert auf Raub und Mord. Und weil sie ganz genau dies wissen, wolln sie das Morddekret nicht missen. Sie missen lieber die EU. Sonst wärs geschehn um ihre Ruh.

Die sogenannten Benes-Dekrete wurden im übrigen vom tschechischen Parlament in den relevanten Punkten zum toten Recht erklärt.

Beweis: Krone vom 02.03.2002

Am 9.5.2001 hatte Wolf Martin die Tschechen (u.a.) als "Pack, das schamlos lügt", bezeichnet:

In den Wind gereimt

*Hybride Tschechen, Lobbyisten
und Brüssler Korruptionisten
ziehn wohl auf sich gerechten Spott
mit ihrem AKW aus Schrott.
Ob diesem Pack, das schamlos lügt,
denn die Blamage nicht genügt?*

Hier liegt eine eindeutige nationalistische Beschimpfung der "hybriden" (offenbar ist gemeint, von Hybris, also frevlerischem Übermut befallenen) Tschechen vor.

Beweis: Krone vom 02.03.2002

Am 15.7.2002 wird der "Tschechenchef, der miese" (offenbar der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman) beschimpft.

In den Wind gereimt

*Und wenn der Tschechenchef, der miese, sogar die
Kinderschändung priese - ich wett, er könnts in aller Ruh, und
schweigen würde die EU. Denn Tschechien darf sich erdreisten, was
andre nie sich könnten leisten. Und deutsche Würstchen wie
Verheugen, die müssen sich dem allen beugen.*

Zeman hatte in einem Interview mit profil die Vertreibung der Deutschen nach 1945 gerechtfertigt, weil sie den Nationalsozialismus unterstützt hätten und eine "fünfte Kolonne" im Staat gewesen seien. Das ist eine unzulässige Verharmlosung eines schweren Unrechts, für die Zeman auch im Inland kritisiert wurde, doch suggeriert die Bezeichnung "Tschechenchef" wieder die Gesamtheit der Tschechen, die eben "mies" seien.

Beweis: Krone vom 15.07.2002

Am 17.12.2003 bezeichnet Wolf Martin die EU abermals als Sack von Flöhen. Könnte man das noch als Redensart durchgehen lassen, wird plötzlich Polen als Floh bezeichnet. Zwar bekommt auch Österreich diesen Beinamen, aber die Abstempelung eines Staates als Ungeziefer ist schon passiert.

In den Wind gereimt

*Europa, dieser Sack voll Flöhe, hat manches Loch, soviel ich sehe.
Die Flöhe springen munter raus und tanzen rum im alten Haus. Am
ärgsten treibts der Polen-Floh. Natürlich sind nicht alle so. Der
Österreicher-Floh ist brav. Der bleibt im Sack in seinem Schlaf. Wenn
alle wären so wie der, gefiels den Bändigern wohl sehr.*

Beweis: Krone vom 17.12.2003

Am 19.9.2003 wird die EU-Osterweiterung abwertend als "südostlastig" bezeichnet, wo nur minderwertige Nationen wie Rumänien, Bulgarien und die Türkei sich Geld holen wollen.

In den Wind gereimt

*Es hat den Anschein sehr, allzu südostlastig wird die EU. Sind erst
Rumänien dabei, Bulgarien und die Türkei, dann gilts, von Spanien
bis Polen, sich noch mehr Geld von uns zu holen. Dem Nord und
Westen dahingegen ist nicht so viel am Bund gelegen, und auch die
reiche Schweiz bleibt weise fern diesem Nebochantenkreise.*

Beweis: Krone vom 19.09.2003

Klar nationalistisch abwertend, diesmal aber gegen die Belgier, das Gedicht vom 2.9.2001, wo ein Kinderschänder- und Mörder, ein Künstler und der belgische Außenminister sozusagen als Vertreter der Minderwertigkeit Belgiens zusammengeworfen werden.

In den Wind gereimt

*Die Herrn Doutroux, Mortier, Michel,
die kommen alle drei aus Bel-
gien, dem Land, das a) gespalten,
b) Hauptsitz von Zentralgewalten.
Ein Scheusal ist der Herr Doutroux.
Der Herr Michel - ich schweig dazu.
Und Herr Mortier, ich sag esforsch,*

*

Wolf Martin

** Die letzte Zeile wurde aus Rücksicht auf den "Presserat" gestrichen!*

Beweis: Krone vom 02.09.2001

Auch nach einer Studie von Peter A. Bruck ua zeige die publizistische Analyse der Marktmacht der *Krone*, dass die *Krone* die publizistische Vielfalt beeinträchtigt und ihre publizistische Macht missbraucht, was sich etwa daran zeigt, dass die *Krone* mit Abstand am häufigsten und am größten die Berufspflichten der Presse und am stärksten das Ansehen der Presse schädigt. Um sich im Konkurrenzkampf mit anderen Tageszeitungen Vorteile zu verschaffen, werden Sachverhalte einseitig dargestellt, Personen werden oft verunglimpft, verächtlich gemacht und deformiert und zum Teil aus rassistischen, religiösen, nationalen oder sonstigen Beweggründen diskriminiert.

Beweis: Bruck, Peter A. ua: Marktmacht Mediaprint, Studie, Sbg. 1995.

STANDARD VERLAGS GMBH